

Wieder die Klassenjustiz

Schwere Zuchthausstrafen für Jungproletarier. Die Kommissäre im Prozess gegen die drei Reichswehroffiziere...

Bodenlose Heuchelei

In der 'Leipziger Volkszeitung', Organ der sogenannten linken Sozialdemokraten vom Freitag, den 10. 10. 30, finden wir folgende Notiz...

Ostländische Versammlung

Frankfurt a. M. am Sonnabend, den 1. November 1930, abends 7/9 Uhr, im Restaurant Peter Hilli, Große Seestr. 5.

Thema: Hitler oder Thälmann. Arbeiter erscheint in Massen! - Freie Aussprache! KAP. AAU.

3 Millionen Arbeitssuchende schon überschritten. Trotz saisonmäßiger günstiger Einflüsse ist die Zahl der Arbeitssuchenden in der zweiten Septemberhälfte im ganzen Reich um weitere 47000 Personen angewachsen...

Die Lage in Berlin-Brandenburg. In der zweiten Septemberhälfte sank nach dem Bericht des Landesarbeitsamts Brandenburg (Berlin, Brandenburg und Grenzmark) die Zahl der Arbeitssuchenden um 13364 auf 453451 Personen...

Immer mehr Wohlfahrtsverworbene. Nach der Erhebung des Deutschen Städtetages wurden in den Städten über 25000 Einwohner mit einer Gesamtbevölkerung von 27 Millionen am 30. September 479000 Wohlfahrtsverworbene...

Wohlfahrtsverworbene. Gegenüber dem Ergebnis des Vormonats (445000) ist für die genannten Städte eine neue Belastung der gemeindlichen Wohlfahrtspflege um weitere 7,6 Prozent zugenommen...

Wohlfahrtsverworbene. Es sind dies die Unternehmen, die für sich oder mehrere zusammen eine Scheingewerkschaft gründen, deren Sitz sie ebenfalls nur scheinbar, nach Vaduz legen...

Weiters Steigen der Arbeitslosigkeit auch in Amerika. Nach den Feststellungen des amerikanischen Arbeitsamts, das einen großen Teil der amerikanischen Industrie erfaßt...

Bücher-Ecke. Neue Bücher. Franz Mehring, Gesammelte Schriften und Aufsätze, Band 3. Zur preussischen Geschichte...

Immer tiefer in die Katastrophe. In die Sümpfe mit den Arbeitslosen! Deportierung zur Zwangsarbeit. Der Schrei aus den Reihen der Bourgeoisie nach der Zusammenarbeit mit den Faschisten...

Organisatorische Mitteilungen. Reich. Rheinland-Westfalen. Ende Oktober oder Anfang November findet eine Bezirkskonferenz statt...

Groß-Berlin. Verbandsversammlung. 3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 30 Uhr, im Lokal Gladow, Malchowerstr. 24.

5000 sollen bei der Reichsbahn entlassen werden. Nachdem vor einigen Wochen erst bei der Reichsbahn für 30000 Arbeiter Festschichten mit Lohnfortzahlung einleitet wurden...

5000 sollen bei der Reichsbahn entlassen werden. Nach dem Urteil des Reichsgerichts vom 1. Oktober 1930, das die Reichsbahn zur Entlassung von 5000 Werkstättenarbeitern verpflichtet...

5000 sollen bei der Reichsbahn entlassen werden. So jedenfalls sieht die 'Ankurbelung der Wirtschaft' durch 'Arbeitsbeschaffung' aus.

Aus der Wirtschaft

Die Diskontenerhöhung

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Aus der Wirtschaft

Die Diskontenerhöhung

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Das Mittel der indirekten Auspumpung der Massen. Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht...

Portef. BERLIN.

11. Jahrg. Nr. 43

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, Oktober 1930. Preis 15 Pf. Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark inkl. Porto...

Am deutschen Herzen getroffen

Der Reichstag des 14. September 1930 hatte ein stürmisches Debatte. Die Regierung brachte die Genehmigung zur Durchführung ihres Wirtschafts- und Finanzprogramms in der Form...

Die Krise des Völkers. Südamerika im Aufruhr. Weltweit ist ein Aufbruch im Gange. Die Krise des Völkers ist ein Aufbruch im Gange...

Wir haben hier die einzelnen parlamentarischen Siegesziffern der Regierung Brünning bewußt aufgezählt, um die ganze Verlogenheit des parlamentarischen Apparates zu zeigen...

Es sollte gerade mit der bisherigen Art der Bezahlung durch Aufnahme von ausländischen Krediten gebrochen werden. Das deutsche Kapital sollte aus eigener Kraft die Young-Planen einsetzende Wirtschaftskrise...

Wenn Brünning weiter erklärt, daß die Voraussetzung jeder gesunden Außenpolitik die Schaffung von Ordnung im eigenen Innern ist, so stellt er bewußt wieder die Notwendigkeit einer imperialistischen Politik in den Vordergrund...

Der weitere Verlauf der Reichstagsdebatte läßt dies auch ganz klar erkennen. Auf alle Angriffe im Reichstag gegen die Regierungspolitik antwortet der Reichskanzler nicht...

hier bald dort gewaltig angefaßt werden würde. Die Bourgeoisie hat begriffen, welche Bedeutung die Gewerkschaften für die „demokratische“ Republik haben, und daß mit dem Wegfall dieser Staatsstützen auch der Boden der demokratischen Republik einzuziehen ist. Diese Furcht ist keineswegs unbegründet. Im Metallarbeiterstreik wird die politische Machtfrage entschieden. Wenn die Gewerkschaften in diesem Kampf geschlagen werden, so bedeutet dies den Sieg des Faschismus. Nicht umsonst haben die Nationalsozialisten sich dem Streik angeschlossen. Sie wollen beweisen, daß die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, den allgemeinen Lohnabbau zu verhindern, daß mit gewerkschaftlichen Mitteln es nicht möglich ist, dem Großkapital entgegenzutreten. Gelingt dieser Nachweis, so ist der Weg für die faschistische Diktatur gegeben. Die Nationalsozialisten werden erklären, daß sie mit ihrem Programm und ihren Mitteln das Großkapital zu Zuständigkeiten zwingen können und zwingen werden. Die Niederlage der Gewerkschaften bedeutet die freie Hand für das Unternehmertum zum rücksichtslosen Angriff auf die Arbeiterschaft. Die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten kann diese Entwicklung nicht hindern, sondern fördert sie direkt. Es ist ganz typisch, daß die Sozialdemokraten nicht durch ihre Koalition dem parlamentarischen „Sieg“ gegen die Verbindlichkeitsklärung verholten haben, sondern mit Hilfe der Kommunisten und Nationalsozialisten. Diese neue Koalition kennzeichnet die gesamte Situation im Metallarbeiterstreik.

Die Gewerkschaften können aber auf Grund ihrer Struktur gar nicht den Kampf gegen das Kapital mit Erfolg durchführen, weil sie diesen Kampf nicht als politischen Kampf mit revolutionären Mitteln führen. Es hilft ihnen auch nicht die staatliche Schlichtungsmaschine, die sie bisher aus allen Situationen zerretzt hat. Der A.D.G.B. ist ganz entsetzt darüber, daß das Schlichtungswesen einseitig zugunsten der Arbeitgeber eingesetzt wird. Die Regierung hilft ihnen also nicht. Sie müssen sich selber helfen. Dabei versagen sie vollkommen. Ein parlamentarischer Kuppelhändler ist nicht möglich. Auf parlamentarische Mittel verzichten sie nicht anzuwenden. Der Streik ist ein durchaus disziplinärer Streik. Jede revolutionäre Bewegung wird mit Gewalt unterdrückt. Die R.G.O. spielt ein lächerliches revolutionäres Theater. Ihre Streikparole vom 6. Oktober wurde von niemandem befolgt. Nach Bekanntwerden des Schließbroschures, welcher ein Lohnabbau ab 3. November vorsieht, gab die R.G.O. die Parole heraus: „Jetzt Streikvorbereitung bis zum 3. November.“ Die R.G.O. glaubte also noch nicht, daß die Arbeiterschaft zum Streik bereit ist. Sie wollte erst die Betriebe streikreif machen. Sie wollte erst beweisen, daß die Verbindlichkeitsklärung erfolgt, trotzdem ihr bekannt war, daß eine bedeutend schwierigere Situation vorlag. Die Metallarbeiter gingen über diese revolutionäre Streikparole zur Tagesordnung über. Mit einer ungeheuren Mehrheit wurde zur selben Zeit, als die rev. R.G.O. drei Wochen warten wollte, der Streik von D.M.V. am Montag, den 13. Oktober, zum Mittwoch, den 15. Oktober, proklamiert. Da nun die revolutionäre R.G.O. die Führung an sich reißen mußte, die die Arbeiter in der Vorhut der Arbeiterschaft sein wollte, wurde am Dienstag früh in der Roten Fabrik von R.G.O.-Kampfbroschüre mitgeteilt, daß der sofortige Streik für Dienstag früh beschlossen sei. Trotz aller Bemühungen gelang es den R.G.O.-Leuten nur in 5 Metallbetrieben mit insgesamt etwa 2500 Arbeitern die ganze Belegschaft am Dienstag herauszubekommen. Erst am Mittwoch, auf Anweisung der R.G.O. im Metallarbeiterkampf aus. So hat die R.G.O. die Urlich und Genossen „erzwungen“, den Streik zu proklamieren.

Wenn die revolutionäre Arbeiterschaft wirklich den Kampf gegen das Kapital führen will, so muß sie selbständig handeln. Weder die freien Gewerkschaften noch die R.G.O. sind in der Lage und willens, den Kampf revolutionär zu führen. Er muß aber revolutionär geführt werden, wenn die Arbeiterschaft den Übergang zur faschistischen Diktatur verhindern will. Sie hat nicht die Aufgabe, die Republik, die Demokratie und das Parlament vor

Hans Irrtumns Leiden

Die nachfolgende Erzählung entnehmen wir dem Buche „Wacht auf“ von Hans Lorbeer. — Erschienen im Intern. Arb.-Verlag, Berlin C.25.

Hans Irrtum war ein kleiner, blasser Kerl. Ich lernte ihn in der Zersetzungsanlage der chemischen Werke kennen. Dort und bestanden die einzelnen Apparate. Aber dann hatte Hans Irrtum einmal das falsche Ventil geöffnet und es gab einen großen Skandal. Der Doktor Schwupp lief wie ein Feldherr um uns herum und schrie mit überdeutlicher Stimme:

„Ihre leichtsinnigen Forderungen können einem Anschlag auf das gesamte Werk gleich. Das müßte Ihnen einen Prozeß machen! Verstehen Sie?— Sie?“

Hans Irrtum glaubte, daß das Gewitter vorüberziehen würde, wenn er verstände, Und darum sagte er: „Aber er hat sich geredet, denn nun sind die Doktor Schwupp erst richtig an. Er holte tief Luft und kreischte dann:

„Also Sie verstehen? Nun, das ist ja entsetzlich! Sie sind sich über die Verbrechen Ihrer leichtsinnigen Untertanen bewußt! Oh, Sie sind abgebrüht! — Sie besitzen eine Unlust gemeinster Verantwortungslosigkeit. Sie, Sie! — Aber warten Sie, ich will Ihnen jeden weiteren Zersetzungsplan von vornherein unmöglich machen! Sie hören hier! Solche Leute kann ich als verantwortlicher Leiter des Betriebes nicht gebrauchen!“

Schließlich flogen wir auch und kamen in einen anderen Betrieb, wo wir so recht bestraft waren. Da standen wir in der Eisenbahn und sahen das Eisenbahnrad. Es war eine jämmerliche Arbeit! Das Salz schmeckte bei der geringsten Erwärmung und es in keinem Staub auf unsere von der Arbeit erhitzten Körper fiel, hatten wir viel zu leiden. Das Gesicht brannte wie Feuer und die Augen stachen in Tränen. Die Kleidung klebte, von der heißen, feuchten Masse durchsetzt, fest an unserem Leibe. Aber am schlimmsten wurde es doch mit dem Händeln; sie könnten den schlüpfrigen Schaufelstiel nicht halten und rieben sich wunde und blutige Hände an die Wagnisblätter und sprangen auf, wenn sie trocken wurden. Das war ein Jammer!

Hans Irrtum meinte, wir würden in solcher Qual nicht lange bleiben und sie müßten uns bald andere Arbeit geben. Doch er irrte sich, wie schon so oft.

Das verging eine Woche, ein Monat, ein halbes Jahr, und wir standen noch immer in der Eisenbahn und schaufelten Salpater. Das schien uns völlig nutzlos. Und ich war davon überzeugt, wir würden nach einem weiteren halben Jahre eines Tages tot im Salze liegen.

dem Faschismus zu retten, weil die Republik durchaus faschistisch ist und faschistisch bleiben will. Sie muß ihren eigenen Weg als Klasse gehen. Der Sieg über den Faschismus kann nur als Sieg über die Bourgeoisie errungen werden.

Sofistische Rundschau

Wieder der Moloch Profit

Nicht allzulang ist es her, daß 150 Bergarbeiter in Neurode anlässlich einer Grabenkatastrophe den Tod fanden. Und jetzt meldete die Kundes aus Westdeutschland, daß das Aachener Kohlenrevier der Schaulputz einer furchtbaren Bergwerkskatastrophe wurde. Der Wühlmensch der dem Eschweiler Bergwerksverein zugehörigen Grube Anna II in Aalsberg bei Aachen ist infolge einer gewaltigen Explosion eingestürzt. Nicht weniger als 231 Bergproleten sind bis zum Druck unserer Presse ein Opfer dieser Katastrophe geworden. Wenn der Leser unser Zeitung diese zu Gesicht bekommt, dürften es noch weit mehr sein. Nach abgeklammerter Art versucht die gesamte bürgerliche Meute wie üblich von der wirklichen Ursache der Katastrophe abzulenken. Aber unzweifelhaft ist auch hier die Ursache in schlagenden Werten zu suchen. Das bekunden bereits die Aussagen der dort tätigen Bergarbeiter.

Das gesamte Bürgertum fällt wie immer bei solchen Gelegenheiten in „Menscheneinfühllichkeit“ und organisiert einen heuchlerischen Trauertummel. „Schwarze Fahnen über Deutschland“, so orakelt die gesamte bürgerliche Presseluft. Während in den Parlamenten die „Volksvertreter“ dabei sind und beratscheln, wie man die Lohnabbau für die Arbeiter zu verhindern, das Fell über die Ohren ziehen kann, zieht man bei dieser Gelegenheit Kokodilstrassen aus. Das Proletariat kann keine Ursachen haben, sich durch diesen Humanitätsrummel der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen zu lassen, denn ab hier verläuft die ganze Schaulputz des Kapitalismus, der in Wirklichkeit einen Drecksack nach proletarischen Opfern, sind doch heute genügend Ausbeutungsobjekte vorhanden. — Wollten, die heute überflüssig sind innerhalb dieser „Ordnung“, werden die Arbeiter als „Menschheit“ an Leib und Seele kaputt gemacht. Ein großer Teil davon steckt sich den Gasschlauch in den Rachen oder greift zum Streik, weil das Leben innerhalb dieser „Ordnung“ für sie keinen Sinn mehr hat. Die Bourgeoisie frägt einen Scheißer, das was noch in den Tremmeln bleiben kann, wird brutal ein Opfer der Angst und Körper fressenden Rationalisierung. So etabliert sich der Kapitalismus.

Das Proletariat hat verdammt keine Aufgabe, irgendwelche Trauerzeremonien zu veranstalten, sondern muß befehlen, daß die Aachener Katastrophe ein Glied in der großen Kette der Vernichtung von Millionen Arbeitern ist, die heute nur amütze Fresser für die kapitalistische Gesellschaft sind.

— Nicht nur die Opfer von Aachen, sondern die Opfer, die Tag für Tag durch die Wirtschaftskrise im Interesse des Kapitalismus dahingeraht werden, müssen als „Opfer“ betrachtet werden, das ist für die proletarische Revolution, ein brutaler Klassenkrieg dieses menschenverachtenden System des Kapitalismus — der nur den heiligen Profit kennt — in Schutt und Asche zu verwandeln.

„Nolopier“ der „Volksvertreter“

Herr Löbe verzichtet auf die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung.

Die SPD. versucht auf alle nur erdenkliche Art und Weise, den Arbeitern noch zu imponieren. Und sie posant in alle Welt hinaus, daß, wenn schon die Arbeiter während dieser schweren Wirtschaftskrise Opfer bringen müssen, die auch von allen anderen „Volksvertretern“ geschuldet werden. Die „neugeählten“ „Volksvertreter“ sind nun nach der „erlöblichen“ Schlacht am 14. September in das Haus „Für das deutsche Volk“ einzog. Und die Sozialdemokratie hatte dann diesen Antrag bei der Hand. Herr Löbe, der Präsident bis zu seinem Prozeß, hat die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung aufgegeben. Das ist ein Zeichen der Zeit und alles tut einstimmig dem Antrag der SPD. Rechnung. Herr Löbe als Präsident des Hauses ging sogar soweit, auf die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung zu verzichten.

Mit dieser Aufwandsentschädigung verhält es sich folgendermaßen: Neben einer freien Dienstwohnung hat Herr Löbe zunächst seine Abgeordnetentätigkeit in jeder andere Abgeordnete — und dieser neue Anschlag hat die Arbeiterklasse in die „Platzener Volkszeitung“ folgendes Gespenst an die Wand, wenn die SPD. für die Reduzierung Brünings stimmt. Sie schrieb: „Die Sozialdemokratische Partei würde ihre ganze Vergangenheit, ihr ganzes

Entgegen „seinem Wunsche“ nahm der Reichstag einen Antrag an, die Aufwandsentschädigung um das Doppelte zu erhöhen, so daß sie das Vierfache der Diäten betrug. Für diesen Antrag stimmten auch die „Kommunisten“. Er hatte mit ihm das nette Sümmchen von nicht weniger als 30.000 Mark. Jetzt, wo die Eröffnungsschlacht stattfand, hielten die „Erneuerer“ Deutschlands die Braunen hinter dem Mantel die 30.000 Mark vor. Aber Herr Löbe brachte zum Ausdruck, daß diese Aufwandsentschädigung fast für Repräsentationspflichten draufzuge, und wenn dieser gutsituierte Herr sich die Geste erlaube, daß er auf die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung für die Zukunft verzichten werde, so ist das billig; denn er wird dann ein weniger repräsentieren. Ebenso können sich die übrigen „Volksvertreter“ den Luxus erlauben und sich 20 Prozent ihrer Diäten vorenthalten lassen, denn der größte Teil hat sich bekanntlich noch ganz erprießliche Nebeneinkünfte, sind sie doch noch Aufsichtsräte und andere Dinge mehr.

Diese parlamentarische „Aktion“ der SPD zeigt nur, zu welcher Täuschungsmanövern die SPD. greifen muß, um nicht den letzten Krampf bei den Massen, und insbesondere bei ihren Wählern einzubringen. Jedenfalls konnte keiner her und sage, daß die „Volksvereinsentschädigung“ keine „Fortschritte“ macht.

SPD., „höchster Anerkennung würdig“

Die bürgerliche Presse zur Rettung Brünings durch die SPD.

Am 18. Oktober hat die SPD. gemäß der Ankündigung Häufiges aus dem Berliner Bezirksparlament der SPD. dies gilt, die Brünings-Regierung zu tolerieren, die Brünings-Regierung mit dem Programm von Notverordnungen usw. errichtet. Sie haben, ebenso wie damals bei der Frage des Panzerkreuzers alle Wahlphrasen in die Rumpfkammer geworfen. Und diese Zustimmung zum Brünings-Programm verkündet man in bewährter demagogischer Weise so, daß damit die „Interessen der Arbeiterklasse“ gewahrt worden sind.

Aber keine geringere als die bürgerliche Presse selbst entwarf diese Demagogie der SPD. und bringt zum Ausdruck — mit Honn und Spott auf die SPD. — daß sie sich entschieden für die Notverordnungen der kapitalistischen Wirtschaft. So schreibt das Regierergesetz, die „Germania“: „Die hinter dem Kabinett stehenden Parteien haben zusammengeschlossen und die Sozialdemokratie hat in Erkenntnis der schweren politischen Lage eine Haltung eingenommen, die höchste Anerkennung würdig ist.“

Und die „Berliner Volkszeitung“ schreibt zum Beispiel zu der Überweisung der Notverordnungen im Ausschuss der SPD. folgendes: „Der Reichstag hat die Notverordnungen im Ausschuss der sachlichen Behandlung der Notverordnungen im Ausschuss klare Verbesserungen (1) aufzuweisen haben, wenn sie die Regierung weiterhin tolerieren soll. Sie erklärt, also damit: von einer Änderung der Notverordnungen kann wesentlich keine Rede sein.“

Aber den Nagel auf den Kopf hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ getroffen, wenn sie schreibt: „Das Kabinett hat sich für die Sozialdemokratie „optiert“. Wir halten das für einen Irrtum. Vorderhand hat umgekehrt die Sozialdemokratie für das Kabinett optiert, für den „Hungerlohn“-Bedingung, für den großen „Zollanstieg“, für die „Herrn Trevisan“, die nun alle im Wahlkampf nicht stürmisch genug schmeicheln konnte. Dieser gewaltige Stimmenswandel in der Sozialdemokratie ist ohne irgendeine politische Konzeption des Reichstages erreicht worden, es sei denn, daß die Zentrumspartei, die im Zentrum der predichsigen Koalition vorläufig nicht ausscheidet wurde. Diese Pistole bleibt noch und entscheidet. Weder von den durchgeführten Notverordnungen noch von ihren sozialpolitischen Folgen können im Gegensatz dazu bestimmt 2. B. der § 10f des A.V.G. das auch solche Erwerbslose Krisenunterstützung beziehen können, die die Anwartschaftszeit nach § 95 nicht erfüllt haben, aber in der dort bezeichneten Frist wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung verstanden haben.“

Auch sieht die neue Verordnung vor, daß die Dauer der Unterstützung auf 12 Wochen — bei über 40 Jahre alten Personen auf 45 Wochen herabgesetzt wird. Dann heißt es weiter: „Nur wirklich Bedürftige sollen Unterstützung, wie sie der Not der Zeit entsprechen, erhalten.“

Das ist ein sehr deutliches Aussprechen, daß erstens die Bedürftigkeitsprüfung weit schärfer als bisher in Anwendung gebracht werden soll, und auch die bisherigen Unterstützungsätze herabgesenkt werden sollen. Zweitens ist die Anwartschaftszeit für das Proletariat, daß Anfang November 500.000 Krisenunterstützte von ihm betroffen werden; und hinzu kommt, daß 60.000 Arbeitslose an dem nächsten Abgang teilnehmen. 15. September 1930 Krisenunterstützung erhielten, weil sie keine Anwartschaft auf Unterstützung aus der Versicherung erreichten, jeder Unterstützung bedürftig waren. In der Krisenunterstützung in der Krisenunterstützung kommen.

Brutal schleudert die Bourgeoisie die große Zahl der überflüssigen, innerhalb dieser Zeit folgenden Abgang. Die Sozialdemokratische Partei nimmt jeden Brocken zur Vernichtung von Millionen seiner Klassen Genossen so ohne weiteres hin. Die Hundemund der Proletariat ist zum Schreien.

Die Fraze der „linken“ SPD.

Nach der Wahl war das Geschrei der „linken“ Sozialdemokraten um Seydewitz und Genossen: Aber jetzt unter allen Umständen verstärkte Opposition. Unter keinen Umständen Duldung der Brünings-Regierung mit ihren Notverordnungen, Lohnabbau zwar 750 Mark monatlich. Bis 1927 Oktober malte die „Platzener Volkszeitung“ folgendes Gespenst an die Wand, wenn die SPD. für die Reduzierung Brünings stimmt. Sie schrieb: „Die Sozialdemokratische Partei würde ihre ganze Vergangenheit, ihr ganzes

Irrtum höher mit wachsender Aufmerksamkeit an und nicht manchmal so. „Ich muß mich bloß zwei Mann“, sagte ich. „Und unter Umständen einleitig für ein einzelnes Sippenmitglied.“

„Das ist eine Menge Leute, die wir alle in der Welt durchkommen. In der Fabrik zum Beispiel haben die Herren die Macht, und mit einem persönlichen Streich bringen wir diese Macht nicht einmal aus der Fabrik. Sie packt uns einfach und schleicht uns einer anderen Macht zu dem Staat. Da ist zunächst der Arbeitsnachweis; man ist dort nur geduldet; will man auf Menschenpflicht pochen, halten sie einem die gebilligte Staatsordnung entgegen (das ist manchmal nur ein Feinstesche) und schreien man da hinein, dann kommt die zeitliche Anwendung der Macht; die Polizei, dann das Gericht und die Gesetze, zuletzt unter Umständen das Gefängnis oder Zuchthaus. Wir beide sind da nur ein Süßholz gegen diesen Apparat. Da muß das ganze Arbeiterheer aufspringen und dazwischen schlagen, dann geht diese Staatsmaschine kaputt! Und es gibt auch schon eine ganze Menge Proleten, die zusammenzuschließen diesen Apparat in Bewegung setzen, wenn sie sich trauen. Nur Frage ist doch, gehören wir zu ihnen?“

Hans Irrtum schüttelte den Kopf.

„Also sorgen wir dafür, daß wir bald dazu gehören!“

Da nickte Hans Irrtum froh und sagte:

„Recht hat du schon. Aber es wird auch noch schwer werden, für unsere Freiheit zu kämpfen, es muß da jeder nichts sehen. Man steht, wenn es etwas werden soll.“

„Zum ersten Male hatte er nicht geirrt.“

Dann gingen wir in eine öffentliche Versammlung. Ein breitschultriger Mann sprach über den Kampf in den Betrieben. Er sagte, daß nur dann eine Befreiung der Arbeiterklasse zu verstehen, durch welche Zeugen, in unserem Fall 53 Personen — der Hinrichtung zusehen konnten. White wurde in dieser Kammer auf einen Stuhl gesetzt. Auf dem Boden vor ihm stand eine Schale, Behalter mit etwa einem Dutzend Ein-Unzen-Tabletten Cyanalkal war so aufgestellt, daß sowie von außen an einer Schärz gezogen wurde, die Tabletten in die Schale fallen und die tödliche Blausäure zur Entwicklung bringen mußten.

Ein Bowle-Stethoskop wurde an der großen Brustgrenze über der Herzseite angebracht, die Herz- und Lungenzeitigkeit einer Untersuchung unterworfen. Während man den Gefangenen an dem Stuhl befestigte, wurde das zu den Ohren des Gefangenen in die Kammer bescheidenden Arztes führende Rohr mit dem Stethoskop verbunden.

Das war um 4.36 Uhr morgens. Die Herzzeitigkeit betrug in diesem Augenblick 108, war stark und regelmäßig. Die Gassen-

Oeffentliche Versammlung

Nowawes, am Freitag, den 31. Oktober 1930, abends 7.30 Uhr.

Lokal: Otto Gebauer, Wallstraße 62.
Thema: Wirtschaftskatastrophe. — Wo ist der Ausweg?
K.A.P. A.A.U.

Wesen verlegten, wenn sie auf die Plattform dieses Brünings-Diktaturprogramms treten würde. Einen solchen Gedanken halten wir einfach nicht für diskutierbar, weil es den Selbstmord der Sozialdemokratischen Partei bedeuten würde. Wenn etwa Sozialdemokratie dieses Regierungsprogramm schlucken würde, ganz gleich, ob bei direkter Regierungsbeteiligung oder auch nur durch Tolerierung, dann bräunte sich Adolf Hitler nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob er auf dem kralen Wege zur Herrschaft kommen würde. Die Zustimmung zu diesem Brünings-Programm müßte in der Partei wie Sprengpulver wirken.“

Und der 18. Oktober kam mit ihm die Zustimmung der SPD. für Brünings und sein Programm. Aber das Entscheidende ist, nicht nur die Hillerding, Müller, Wels und Genossen, die sogenannten „Rechten“ stimmten für Brünings, nein, auch die „Linken“ waren dabei, obwohl kein Fraktionszwang bestand. Und von dieser „Selbstmord“ der SPD. machte man mit, wie sich der „linke“ Seydewitz im „Sächsischen Volksblatt“ beliebt auszudrücken, um die Aktionsfähigkeit (?) der Partei — für welche Aktionen dem Überleben — nicht zu fällen.

Das ist nicht nur, wenn alle Stränge rissen, gingen sie immer mit dem Parteivorstand durch dick und dünn. Abermals ist ihre grenzenlose Verlogenheit gründlich enthüllt. Wieder ist bewiesen worden, daß die radikale Parole nur dazu gebraucht, um die oppositionellen Energien unter den Mitgliedern anzuregen. Der Sturm der Mitglieder der SPD. kam sich daher nicht nur gegen die Hillerding und Co. richten, sondern ebenso gegen die sogenannten „Linken“, die sich für die Notverordnungen und organisatorischen Zerschneidung der SPD. auf Grund der Notverordnungen zu einem vollkommenen Bestandteil des kapitalistischen Staates geworden ist.

Weiterer Abbau der Krisenfürsorge

Entsprechend der Ankündigung Brünings in seinem Finanzprogramm, daß die Krisenfürsorge einer „Reform“ unterzogen werden soll, wird nun diese „Reform“ Tatsache. Am 11. Oktober hat der Reichstag im Ausschuss der SPD. neue Vorschriften erlassen, die mit dem 3. November in der Krisenfürsorge in Kraft treten sollen.

Um seine wirklichen Absichten zu verschleiern, erklärt man: „mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse der Arbeitsmarktes soll die Krisenfürsorge in Zukunft wieder den Angehörigen aller Berufsgruppen gewährt werden.“

Aber jetzt kommt der Pferdetitel. Ganz nach dem Vorbild von Wiesel ordnet Herr Seydewitz die Krisenfürsorge für Erwerbslosen unter 21 Jahren keine Krisenfürsorge erhalten. Stegeward schreie auch nicht davon zurück, die gesetzlichen Bestimmungen des A.V.G. außer Kraft zu setzen. So ordnet er an, daß in Zukunft nur die Erwerbslosen unter 21 Jahren die Krisenfürsorge erhalten. Die Anwartschaftszeit nach § 95 nicht erfüllt haben, aber in der dort bezeichneten Frist wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung verstanden haben.“

Auch sieht die neue Verordnung vor, daß die Dauer der Unterstützung auf 12 Wochen — bei über 40 Jahre alten Personen auf 45 Wochen herabgesetzt wird. Dann heißt es weiter: „Nur wirklich Bedürftige sollen Unterstützung, wie sie der Not der Zeit entsprechen, erhalten.“

Das ist ein sehr deutliches Aussprechen, daß erstens die Bedürftigkeitsprüfung weit schärfer als bisher in Anwendung gebracht werden soll, und auch die bisherigen Unterstützungsätze herabgesenkt werden sollen. Zweitens ist die Anwartschaftszeit für das Proletariat, daß Anfang November 500.000 Krisenunterstützte von ihm betroffen werden; und hinzu kommt, daß 60.000 Arbeitslose an dem nächsten Abgang teilnehmen. 15. September 1930 Krisenunterstützung erhielten, weil sie keine Anwartschaft auf Unterstützung aus der Versicherung erreichten, jeder Unterstützung bedürftig waren. In der Krisenunterstützung in der Krisenunterstützung kommen.

Brutal schleudert die Bourgeoisie die große Zahl der überflüssigen, innerhalb dieser Zeit folgenden Abgang. Die Sozialdemokratische Partei nimmt jeden Brocken zur Vernichtung von Millionen seiner Klassen Genossen so ohne weiteres hin. Die Hundemund der Proletariat ist zum Schreien.

Ein neuer „Fortschritt“ im Lande der Dollarsonne

Mit welcher schrankenloser Brutalität die herrschende Klasse alle Errungenschaften der Technik zur Niederhaltung i.e.d.e.n. Ozeans anzuwenden gewillt ist, zeigt folgende Schilderung der revolutionären Proletariat eindringlicher als alle theoretischen Abhandlungen es vermögen. Sie strahlte aber auch zugleich alle Propheten liegen, die nicht müde werden, dem Proletariat mit dem Segenswort der bürgerlichen Demokratie, dem gewerkschaftlichen Demokratie die Erkenntnis zu verschleiern, daß seine Klasseninteressen mit denen der Bourgeoisie nichts, aber auch gar nichts gemein haben.

Im Oktoberheft der „Monatsschrift für Kriminalpsychologie“ veröffentlicht Professor Thorsten Sellin-Philadelphia die Darstellung einer Gashinrichtung im Staate Nevada. Es handelt sich hier um die erste Gashinrichtung, die „wissenschaftlich“ beobachtet wurde.

Die Hinrichtung fand in einer gemauerten Kammer statt, die neun Fuß lang, drei Fuß breit und sieben Fuß hoch war. Der Raum war beiderseits für diesen Zweck erbaut, nämlich mit einem Gang von vier Fuß Breite, der in unserem Fall 53 Personen — der Hinrichtung zusehen konnten. White wurde in dieser Kammer auf einen Stuhl gesetzt. Auf dem Boden vor ihm stand eine Schale, Behalter mit etwa einem Dutzend Ein-Unzen-Tabletten Cyanalkal war so aufgestellt, daß sowie von außen an einer Schärz gezogen wurde, die Tabletten in die Schale fallen und die tödliche Blausäure zur Entwicklung bringen mußten.

Ein Bowle-Stethoskop wurde an der großen Brustgrenze über der Herzseite angebracht, die Herz- und Lungenzeitigkeit einer Untersuchung unterworfen. Während man den Gefangenen an dem Stuhl befestigte, wurde das zu den Ohren des Gefangenen in die Kammer bescheidenden Arztes führende Rohr mit dem Stethoskop verbunden.

Das war um 4.36 Uhr morgens. Die Herzzeitigkeit betrug in diesem Augenblick 108, war stark und regelmäßig. Die Gassen-

Die Krise des Völkerbundes

Die Krise des internationalen Kapitalismus

Fast den ganzen vorigen Monat hindurch fanden in Genf Beratungen imperialistischer Politiker statt. Sie hatten die verschiedensten Namen: Paneuropa-Konferenz, Völkerbundsrat, Völkerbundtagung, Sitzungen der ersten, zweiten, dritten, vierten und fünften Kommission des Völkerbundes. Alle trugen sie das Stielgen einer Verschärfung der internationalen Widersprüche, die während einer Krise das bestimmende Moment in der Entwicklung internationaler Beziehungen ist. Der Völkerbund war vom ersten Tage seiner Existenz an nicht imstande, sein wahres imperialistisches Antlitz zu verbergen, es gelang ihm aber immerhin, eine gewisse äußere Form zu wahren. In diesem Jahre jedoch hatten sogar die geschicktesten pazifistischen Kommoden keinerlei Erfolg. Die Krise des Völkerbundes, die die Krise des gesamten kapitalistischen Systems und seiner Institutionen offenbart, ist die wichtigste Erscheinung nicht nur für die Bewertung internationaler Beziehungen, sondern auch vom Standpunkt des innerpolitischen Kampfes in den Ländern des Kapitals.

Die Propaganda des „organisierten Kapitalismus“, der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit, ist für die Bourgeoisie und die II. Internationale ein überaus wesentliches Werkzeug des Massenbetriebs, dazu dienend, die Massen vom unmittelbaren Klassenkampf zurückzulenken. Während der ganzen Nachkriegszeit war die zentrale Lösung der Sozialdemokraten: „Nachrichtliche Zusammenarbeit der Völker“. Die wichtigste Stütze bei der Propaganda dieser Lösung war die Darstellung des Völkerbundes als vielversprechender Anfang, auf dessen Basis dereinst das Werden des allgemeinen Friedens und der Abrüstung errichtet werden würde. Die Septembertagung des Völkerbundes gibt auszeichnendes Material, die ganze Verlogenheit der pazifistischen Illusionen, die ganze Hoffungslosigkeit der Erwartungen auf ein friedliches

Solidaritätsanfrage.

Zur Unterstützung der am Berliner Streik der Metallarbeiter beteiligten Genossen wird eine Reichsumlage in folgender Höhe ausgeschrieben: für die 42. Woche 1.— Mk., für die 43. und 44. Woche je 2.— Mk. Alle erhobenen Umlagen sind unverzüglich abzurechnen.

Genossen, mit Solidarität. R.A.A.

Zusammenleben der kapitalistischen Staaten zu entlarven. Die Entwicklung der Wirtschaftskrise und der internationalen Konkurrenz entwertet die kostspieligen Ausgaben, die mit den pazifistischen Manövern und Gesten verbunden sind, in den Augen der Imperialisten ganz beträchtlich. Wenn ein unerbittlicher Kampf auf der Tagesordnung steht, wenn die entscheidende Auseinandersetzung immer näher rückt, wird es immer schwieriger, die wirkliche Lage der Dinge hinter inhaltlosen Resolutionen und nebelhaften juristischen Formulierungen zu verstecken.

Desmal erließen dem auch im Völkerbund ganz ungewöhnliche Reden. Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ schildert die Stimmung in Genf so, daß dort auf neue viel von Frieden geredet worden sei, man habe jedoch auch vom Krieg gesprochen. Halbjahr mit beruhigenden Gesten zwar, aber immer in einem Tone, der davon zeugte, daß man die heraufziehende neue-europäische Katastrophe als überaus reale Möglichkeit betrachtete. Man habe auch von anderen ernst Gefahren der sogenannten horizontalen Ordnung geredet, klarer und unvorsichtiger, als dies sonst der Fall ist, und dabei Wort gebraucht, „die Karl Marx hätte als Bestätigung seiner Theorie der Krise des Kapitalismus ansehen können.“

Welches sind jene grundlegenden Widersprüche im Lager der Imperialisten, die den Hauptinhalt der Kämpfe und Intrigen während der letzten Tagungen des Völkerbundes bildeten? Die erste Gruppe dieser Widersprüche sind die Gegensätze zwischen den Ländern, die an der Erhaltung des Kräfteverhältnisses nach Versailles interessiert sind, und den Ländern, die bestrebt sind, dieses Kräfteverhältnis zu ändern. Schon vor Einberufung der Paneuropa-Konferenz und vor Beginn der Völkerbundtagung sprachen bürgerliche Politiker sowohl in Italien als auch in Deutschland von der Notwendigkeit, den Versailler Vertrag zu überprüfen. Im Zusammenhang mit dem Paneuropa-Projekt hielt er der italienischen Faschismus für nötig, dem französischen Imperialismus seine Rechnung zu präsentieren. Italien, das für eine Neuverteilung der Kolonien kämpft, ist bestrebt, Frankreichs Position auf dem europäischen Kontinent zu schwächen. Im Hinblick auf dieses Ziel stellen die italienischen Politiker die Frage ganz offen, die Anzahl von Bestimmungen des Versailler Vertrages einer Korrektur zu unterziehen. Italien erklärt sogar seine Bereitschaft (wenn auch nur zum Zwecke der gegenseitigen Frankreich), die deutschen Ansprüche auf eine Korrektur der Versailler Beschlüsse zu unterziehen. Was Deutschland betrifft, so zeugt schon der Auszug der Reichstagswahlen deutlich genug vom Anwachsen der Aktivität jener Elemente in der deutschen Bourgeoisie, die besonders aggressiv sind. Wie bekannt, machte er der konservativen Führer, Trevisan, die Forderung auf Korrektur der Ostgrenzen Deutschlands zur Hauptgesandtschaft während der Wahlperiode. Gewiß, nach den Wahlen redeten die Faschisten vom „Überlegen der innerpolitischen Fragen über die Fragen der Außenpolitik. Und sie stellen es sich infolgedessen zur Aufgabe,

die innerpolitische Diktatur und den Terror gegen die Arbeiterklasse zu organisieren, um dann, wenn der Versuch, die Diktatur im Lande herzustellen, gescheitert ist, auch die Außenpolitik zu aktivieren. Wie dem auch sei, die deutsche Regierung war im Völkerbund genötigt, die Position einer Annäherung an Frankreich freizugeben, um mit großer Bestimmtheit gegen die französische Hegemonie in Europa aufzutreten. Es ist in erster Linie die Wirtschaftskrise, die Deutschland zu einer solchen Politik treibt. Sie fordert geheimerischer eine Steigerung des Exports und die Gewinnung neuer Märkte sowohl in Europa selbst als auch in den Kolonien.

Der Kampf zwischen den Anhängern und Gegnern des seit Versailles bestehenden Kräfteverhältnisses trat sowohl in der Frage Paneuropa als auch bei den Intrigen in der Frage der „Abrüstung“, ferner im Kampfe um den Zollprotektionsvertrag und in einer Reihe anderer Fragen in Erscheinung. Der Versuch Frankreichs, unter der Flagge Paneuropas sein Übergewicht zu befestigen, ließ völlig Flakso erlitten. Von den großen Plänen Briands ist nichts geblieben. Die Frage „Paneuropa“ wurde eine Kommission überlassen und Genfer Kommissionen sind Meister der Kunst, jahrelang zu tanzen, ohne das geringste Resultat zu zeitigen. So mit erlitt Frankreich und viele von ihm abhängigen Staaten, in erster Linie Polen und Rumänien, eine empfindliche Niederlage. Die Genfer Verhandlungen zeigten, daß dem französischen Imperialismus noch weitere Kräfte im seine bei Ende des Weltkrieges eroberten Positionen bevorstehen.

Diese Schläge zeigt sich überaus klar in den französisch-italienischen Beziehungen. Briands Hoffnungen auf einen günstigen Abschluß der französisch-italienischen Verhandlungen haben sich nicht im geringsten erfüllt. Der italienische Imperialismus will sich nicht auf Geschäfte mit dem französischen Imperialismus einlassen. Italien will um die Vorherrschaft im Mittelmeer und um die Neuverteilung des Kolonialbesitzes kämpfen. Frankreich, das diesen Fall der defensiven Partner ist, verschied, den entscheidenden Moment im Kampfe mit Italien hinauszuweichen, dieses jedoch, das sich unter dem Druck einer industriellen Depression und einer Krise befindet, rückt fieberhaft zum kommenden Krieg. Frankreich steht ihm überdies in nichts nach, was vor allem die letzten grandiosen französischen Manöver beweisen.

Ein wichtiges Merkmal für die Verschärfung der internationalen Situation ist die Politik des englischen Imperialismus, wie bei den Genfer Verhandlungen zeigte trat. England wendet sich mit großer Bestimmtheit gegen die französischen Pläne in Europa. England vor allem war der Initiator der Sabotage jeglicher Behandlung der paneuropäischen Pläne Briands und Minister seiner königlichen Majestät und ehemaliger Führer der II. Internationale, Henderson, wachte sich kategorisch gegen die Annahme irgendwelcher Beschlüsse auf der paneuropäischen Konferenz. Derselbe Henderson trat mit der „sensationalsten“ Forderung auf, schnellstens eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen. Überbiss, darüber zu sprechen, daß weder Henderson noch seine Kollegen in der Labourregierung auch nur das geringste Interesse daran haben, eine wirkliche Abrüstung durchzuführen. Die Forderung aber bedeutet eine Aktion gegen Frankreich. Die Fragen der Seerüstungen gelten nach der Londoner Konferenz als „reguliert“. Deshalb soll der nächsten Zeit in Genf vor allem die Frage der Rüstungen zu Lande zur Behandlung stehen. Die Aufrollung dieser Frage richtet sich in erster Linie gegen die Interessen Frankreichs, während sie die englischen Interessen kaum berührt. Auf diese Weise drückt England, indem es die Forderung auf Einberufung der Abrüstungskonferenz erhebt, erstens auf Frankreich und, zweitens die Abhängigkeit der französischen Politik von der englischen und verstärkt zweitens die Interessiertheit aller europäischen Staaten an England, das dadurch in stande ist, seine imperialistische Rolle als „Schlichter“ zwischen den europäischen Regierungen auf neue zu spielen.

Es gibt eine Reihe ergänzender Anzeichen dafür, daß sich der politische Kampf zwischen England und Frankreich gegenwärtig verschärft. Eines dieser Anzeichen ist das Auftreten des bekannten Politikers und Vertreters Englands im Völkerbund, Robert Cecil. Dieser publizierte in den wichtigsten bürgerlichen Zeitungen einen Artikel, in dem er unter anderem die Frage aufrollte, den Artikel 19 des Völkerbundsstatuts durchzuführen. Dieser Artikel sieht bekanntlich die Möglichkeit einer Korrektur des Versailler Vertrages vor. Somit versuchen nicht nur Deutschland und Italien, sondern auch England, durch die Änderung des Kräfteverhältnisses seit Versailles einen Schlag gegen die französischen Positionen in Europa zu führen.

Die Weltwirtschaftskrise ist eine allgemeine Erscheinung und das bedeutet, daß auch die politische Krise im Weltmaßstab in Erscheinung tritt. Die Gegensätze zu mildern oder abzuschwächen ist ausgeschlossen, sie sind die Duell unvermeidlicher neuer Katastrophen in den kapitalistischen Ländern. Das Gleichgewicht im kapitalistischen System zu erzielen, ist unter den Bedingungen der Endkrise des Kapitalismus unmöglich. Die Bourgeoisie sieht, daß die entscheidende Stunde naht. Daran muß auch das Proletariat denken, denn die wachsenden internationalen Widersprüche begleiten zugleich auch die innerpolitischen Kämpfe. Das Proletariat muß die Initiative ergreifen, und zum entscheidenden Schläge anshören gegen das kapitalistische System.

Die Atmung war während der ganzen Zeit nach der ersten Inspiration hektisch und unregelmäßig.

Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß der Gefangene nach dem ersten tiefen Atemzug bewußtes war. Der Kopf war nach hinten gesunken und blieb bis zum fünften oder sechsten Atemzug in dieser Stellung — etwa für zwei Minuten; — dann fiel er nach vorn, und eine weitere Kopfbewegung fand nicht mehr statt.

Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines „Indizienbeweises“ wegen Mordes. Nach der Verurteilung hat der Gefangene im hiesigen Gefängnis die Freiheit erlangt. Danach wurde der Gefangene auf der Bitte seiner Frau beurlaubt. Ein Jahr vorzeitig, die der Oberte Gerichtsbot zu einer Bestätigung des Urteils kam, in diese Zeit wurde der Verurteilte beim Ein der Totenkammer bestattet.

Fremdkörper. In Sevring sehen sie Blut von ihrem Blut und Geist von ihrem Geist. Sie sind die Adressaten der Helle von Gerlach über den Arbeiter Sevring. Politisch aus dem Material genügt dem Akademiker als Sicherheit noch nicht. Er verdient eine besondere Ehrung für die braven Politischen. Sie dürfen nicht unter dem Abbau der Löhne leiden. Ihre Stimmung muß erhalten bleiben. Es wäre doch zu gefährlich, wenn die echte republikanische Gesinnung der preußischen Polizei durch einen Abstrich vom Gehalt korrumpiert werden könnte.

Er verlangt; zudem der Polizei muß eine Ausnahme gemacht werden. Ihr Dienst ist eine lebensgefährliche Beschäftigung (notabene bewertet Herr Gerlach seit der Renaissanceperiode der Polizei durch Sevring und Grzesinski die Putschgefahr mit 1 Prozent! Dramatisch ruft er aus: Bluthunde! schreit es von rechts, Bluthunde! schreit es von links. Darum Ehre dem unbekanntem Sozialdemokraten Ein Denkmal für den Bürgerkriegsalltag richtet der Sozialdemokrat Gerlach auf. Er führt sich nur gesichert durch seine gutzubehaltene, in ihrem lebenswichtigen Beruf aufopferungsfreudige Ordnungsbewehrung. Er verkündet weiter, daß der Sevring die Polizei erkannt hat. Die maßgebenden Stellen zwängen, daß diese Männer in solcher Gefahrenklasse erster Ordnung vor den Augen geschützt werden. Zum Schluß erklärt er ganz beifriedlich: Man fühlt sozusagen das Sicherheitsgefühl dieses besorgten Mannes. Eine bessere Unfallversicherung als Wirth, Sevring und Grzesinski kann sich die Republik nicht wünschen.

Warum haben wir so ausführlich Herrn Hella von Gerlach zu Worte kommen lassen? Er ist für uns ein vollkommen unverdächtig und glaubwürdiger Zeuge für die Absichten, die die deutsche Bourgeoisie und ihr Lakai, die Sozialdemokratie, mit der Ernennung Sevring's verfolgt. Wenn er von Gerlach als ein Felbök im Sturm hingestellt wird, so wissen wir, welcher Sturm gemeint ist. Gegen den Sturm von rechts braucht die Bourgeoisie keine Sicherung. Der Feind steht links. Die Stellungnahme der Nationalsozialisten im Metallarbeiterstreik hat die Arbeiterschaft belehrt, daß die Nazis gar nicht gewillt sind, gegen das Kapital zu kämpfen. Hier war für sie die Gelegenheit, die Phrase vom Antikapitalismus zur Tat werden zu lassen. Gerade die Wirtschaftskämpfe sind der Prüfstein für die wirkliche Haltung jeder Organisation und Partei, denn hier wird geprüft. Hier muß bekannt werden, hier wird jeder Betrug schonungslos enthüllt. Hier muß mitbarer Münze gezahlt werden. Streikend oder Streikbrecher heißt die einfache und unkomplizierte Frage. Gerade weil dies der Fall ist, kann die nationalsozialistische Bewegung so wenig in den industriellen Betrieben, insbesondere in den Großbetrieben Fuß fassen. Der Unterführer wird den Nationalsozialisten keine höheren Tarifforderungen bewilligen als den freien Gewerkschaften. Die nationalsozialistische Phrase prallt an der harten Wirklichkeit ab.

Die Sorge der Sozialdemokratie erschöpft sich nicht in der Stellung eines Polizeiministers. Sie will auch dem Kapital durch weitere Opfer aus der Krise herausheilen. Preußen geht wieder voran, ruft ganz begeistert die demokratische Presse. Sie liefert Herrn Brüning, welcher sich anscheinend als noch nicht genügend produktionsfähig in der Fabrikation von Hungerprogrammen erwiesen hat, eine weitere Möglichkeit zur Ausbeutung der Arbeiterschaft. Der Sinn des Programms ist, daß das Kapital für 430tausend Arbeiter keine Erwerbslosenunterstützung zu zahlen braucht, dafür dürfen die Arbeiter diese 430tausend in ihrem reduzierten Verdienst erhalten. Ein neues Berufs-schuljahr soll zur besseren Vorbildung der Jugendlichen nicht geführt werden. Der Zweck der Lebens ist anscheinend nicht die bessere Vorbildung, sondern die Tatsache, daß auf diese Weise 25000 Arbeiter auf ein Jahr vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Die Eltern dieser Jugendlichen haben die Ehre, den Unterhalt für diese Jugendlichen während des einen Jahres zu schaffen. Es ist ganz praktisch, die Sorge für diese Jugendlichen dem „argbedrängten“ Kapital zu nehmen und sie den Arbeitern aufzuhalten. In diesem Zusammenhang muß auch noch der weitere Vorschlag der Preußenregierung bewertet werden, daß bis auf weiteres alle Betriebe, die zu einer Einschränkung ihrer Belegschaft vornehmen dürfen, als die von der Arbeitseinschränkung betroffene Belegschaftsgruppe bei jeder Verminderung der Arbeitszeit noch mindestens vierzig Wochenstunden oder fünf Tagesschichten Beschäftigung finden kann. Daraus soll nur eine weitere Zunahme der Arbeits-

losigkeit gehemmt werden, indem ein Zwang zur Kurzarbeit eingeführt wird. Die weitgehende Forderung, allgemein die 40-Stundenwoche einzuführen, hat die Preußenregierung nicht aufrechterhalten. Sie hat die Bourgeoisie sich die dadurch einfließende Beschäftigung ihrer Belegschaft nicht gefallen lassen will. Es könnte auf diesem Umwege zur Einführung der 40-Stundenwoche kommen. Es besteht die Gefahr, daß die Arbeiter auf die Erde kommen würden, wenn dies durch die Einschränkung der Arbeitszeit gesunkenen Reallohnes eine Lohnerhöhung zu verlangen.

Die weiteren vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten eine erhebliche Hilfe für die ostpreussischen Großgrundbesitzer. 78000 Arbeitslose sollen in den Ostprovinzen Meliorationsarbeiten zu herabgesetzten Löhnen zwangsweise durchführen. Den Großgrundbesitzern sollen auf Staatskosten ihre Sümpfe trockenlegen und zu fruchtbareren Boden gemacht werden. Es wird also praktisch ein Arbeitspflichtgesetz eingeführt. Dieses zugeordnet an die Landwirtschaft bedeutet die Deportation der durch Hunger und Entbehrungen ausgehungerten Proleten in die Sümpfe Ostpreußens. Hindenburg feiert so ein zweites Tanenberg, mit dem Unterschied, daß nicht die Russen, sondern die deutschen Proleten in den ostpreussischen Sümpfen landen. Schließlich schlägt er vor, daß im nächsten Jahr keine ausländischen Wanderarbeiter für die Landwirtschaft zugelassen werden. Anstelle der Sachsengänger werden die Ruhrburschen treten. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat nämlich, wie der Vorwärts so schön anlässlich festgestellt, daß sich namentlich die Jugendlichen im allgemeinen in der Landwirtschaft recht gut pehnen. Die Anspruchslosigkeit der Jugendlichen eignet sich ausgezeichnet für die Elendsbrücken der ostpreussischen Junker. Klassenbewußte Arbeiter kann die Landwirtschaft nicht gebrauchen, aber Jugendliche von der Schule wohl präpariert für den Kapitalismus, sind billige Arbeitsobjekte und für Stahlhütten, Werwolf und Nazis sehr empfängliches „Menschennaterial“.

So sieht der Severingkurs aus. Die Arbeiterschaft weiß was sie von Sevring zu erwarten hat. Er wird sie nicht enttäuschen. Er wird Demokratie und Parlamentarismus nicht retten können. Seine Rolle ist nur die eines Wesenretters für den Faschismus.

Die Metallarbeiter kirre gemacht

Nach Muster, Nord-West.

Am 25. Oktober verkündete noch die „Metall-Arbeiter-Zeitung“: „Die Berliner Metallarbeiter sind die im Feuer stehende Vorhut gegen allgemeinen Lohnraub. Darum stehen die deutschen Gewerkschaften zu ihnen. Darum richten sich die Augen der deutschen Arbeiter auf sie. Darum müssen sie siegen. Darum werden sie siegen.“ Und der „Vorwärts“ posante jeden Tag in die Welt hinaus — der Streik steht „fest“. In mustergeräthlicher Disziplin — echt preußisch — führen die Metallarbeiter ihren „Abwehr“kampf. Und während die „Metallarbeiter-Zeitung“ und der „Vorwärts“ jeden Tag die Streikenden damit besoffen machte, fanden längst im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt, um den Metallarbeitern den Streik um den Hals zu legen.

Es ging dann auch ziemlich schnell. Am Mittwoch, den 29. 10. 30 servierte die Stamperjournalisten, der „Vorwärts“, den Berliner Metallarbeitern in demagogischer Art die Botschaft: Wir wissen das. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium die gestern (als am 28. 10.) unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Stierwald stattfanden, wurden in später Abendstunde mit folgender Vereinbarung zwischen den Parteien beendet:

1. Die Arbeit wird sofort zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt.
2. Die Entscheidung der im Schiedsspruch vom 10. Oktober behandelten Fragen (des Prozentsatz Lohnabbaus, Red. KAZ) erfolgt durch Schiedsspruch einer Schlichtungs-Reichsarbeitsminister nach Benehmen mit beiden Parteien erkannt werden.

Der größte Feind

Von Maxim Gorki

Der Rote und der Schwarze streiten miteinander auf Erden. Die unstillbare Sehnsucht nach der Macht über die Menschen — das ist die Stärke des Schwarzen. Grausam, geizig und ausgebreitet und hüllt die ganze Erde ein in die schwarzen Schatten der Furcht vor ihm. Er will, daß nur ihm alle Menschen dienen sollen und, indem er sich die Welt mit Eisen, Gold und durch Lüge unterwirft, ruft er Gott sogar nur über die Menschen zu bestätigen.

Er spricht: „Alles ist mein! Ich bin die Kraft, — folglich bin ich die Seele und der Sinn des Lebens, ich bin der Herrscher aller Menschen. Wer wider mich ist, der ist gegen das Leben selbst — ein Verbrecher.“ — Der Schwarze ist jener Drache aus Bergeshöhlen, von dem in alten Märchen erzählt wird.

Die Kraft des Roten ist sein heiliger Wunsch, ein Leben zu sehen, das frei, sinnreich und herrlich ist. Stets brennt sein ruhloser Geist feberhaft und erhellt das Dunkel des Lebens mit bunten, flimmernden Lichtern der Schönheit mit dem machtvoll drohenden Glanz der Wahrheit und dem stillen Strahl der Liebe. Sein Gedanke entzündet überall die mächtige Flamme der Freiheit und der glühenden Feuer umschlingt freudig und heiß unsere dunkle, blinde Erde und hüllt sie ein in den weiten Traum vom Glück aller Menschen.

In diesem Streite des Kämpfers der Wahrheit mit dem Ungeheuer der Lüge liegt das ganze Leben, liegt seine ganze Lust und Qual, seine Poesie und Tragik — die besten, schönsten Sagen der Erde.

Zwischen dem Schwarzen und Roten flattert unruhig der kleine Graue umher. Er liebt ein warmes, sattes und gemüthliches Leben, und um dieser Liebe willen mißhandelt er seine Seele wie eine hungrige Strahlendire ihre verwehten Körper. Er ist bereit, wie ein Sklave einer jeden Herrschaft zu dienen, wenn sie ihm nur seine Satttheit und Ruhe garantiert. Es ist ihm ganz gleichgültig, wer ihm zu essen gibt: ein Tier oder ein Mensch, ein Idiot oder ein Genie. Das ganze Leben stellt für ihn nichts als einen Spiegel dar, dem er besitzt alle Tugenden des Parasiten. Seine Seele ist der Thron der schlieftrigen Kröte, welche man „Trivialität“ heißt, und sein Herz die Wohnstätte einer bleichen Furcht. Er will viel genießen, doch fürchtet er Ururthen, und das macht ihn zwiegespalten und unaufrichtig. Stets ist er Provokateur und Hetzer.

Wenn im Kampfe der Schwarze die Oberhand gewinnt, so hetzt der Graue vorzüglich den Roten auf.

Wenn der Streiter der Wahrheit und Freiheit zu siegen scheint, so melodiert der Graue dem Schwarzen:

„Hüte dich, die Anarchie wächst!“

Sein Idiot ist immer nur das gleiche:

„Ordnung für mich! Wenigstens auch um den Preis des zeitigen Todes des ganzen Landes — Ordnung!“

3. Die Verhandlungen vor der Schlichtungsstelle sind möglichst bald zu beginnen. Die Entscheidung hat spätestens in der ersten Woche des November zu erfolgen und ist endgültig.

4. Heute, Mittwoch, den 29. Oktober, setzen sich die Betriebsräte mit den Firmen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung.“

Mit einem Zynismus sondergleichen, unter der heuchlerischen Phrase, „die Arbeit wird sofort zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen“, faselte der „Vorwärts“ vom „Sieg“ der Metallarbeiter. Ohne die Streikenden zu fragen, diktiert man einfach, ihr habt sofort in die Betriebe zu gehen. Wie 1928 an den 200000 Metallarbeitern in Nord-West, die man erst in die Betriebe jagte, und dann wurde ihnen durch den polizeiwissenschaftlichen Innenminister Carl Severing als Sonderschlichter durch endgültig verbindlichen Schiedsspruch der Lohnabbau diktiert, so dreht man jetzt genau so den Metallarbeitern das Genick um. Denn was heißt es weiter: „Die Entscheidung der im Schiedsspruch vom 10. 10. behandelten Fragen erfolgt durch neuen Schiedsspruch und ist dann endgültig“, d. h. der Lohnabbau wird auf alle Fälle sanktioniert. In welcher Verbindung ist dabei nördlich.

Die Gewerkschaftsbürokraten sind eben immer ganz ausgezeichnete Kampfsstrategen. Jetzt treiben sie die Arbeiter in die Betriebe hinein, um nachher, wenn jedem Arbeiter der Schocher sichtbar wird, zu erklären: gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch ist nichts zu machen, wir können doch nicht gesetzswidrig werden.

Dieser Kahlhandel der Gewerkschaftsbürokratie ist selbst der gewerkschaftlichen Streikobolenten, die ja größtenteils Sozialdemokraten sind, auf die Nerven gefallen, so daß die Bonzo-kratie eine Urabstimmung unter den Streikenden in Szene setzen mußte. Diese Urabstimmung brachte die notwendige „Mehrheit“ für die Aufnahme der Arbeit. Die Gewerkschaftsbürokratie triumphiert, daß auch mit dieser Konzession von Urabstimmung die Niederlage der Metallarbeiter legalisiert ist. Ein anderes Ergebnis war gar nicht zu erwarten. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie brachten immer zum Ausdruck, daß auch die Arbeiter Opfer bringen müssen. Ihr Einverständnis mit einem Lohnabbau richtigeren sie immer mit der Phrase von der Preissenkung, um natürlich bei den Arbeitern „Verständnis“ zu finden. Sie haben die halbfaschistische Brüningregierung mit ihrem Programm der Notverordnung der Lohnsenkung usw. am 18. Oktober gerettet. Wenn sie wieder einen großen „Kampf“ geführt haben, so nur, um ihn wieder mit der ihr eigenen Getöse abzuwürgen. Das zeigte bis zum heutigen Tage alle Kämpfe mit seltener Deutlichkeit. Mansfeld ist noch nicht aus der Erinnerung verschwunden. Großzügig, mit radikalen Phrasen führte man die Bergkumpeln in den Kampf, und als sie infolge ihrer Isoliertheit ausgehungert waren, bestand alle gewerkschaftliche Weisheit darin, sie mit einem 12prozentigen Lohnabbau in die Schächte zurückzuführen.

Die „Revolutionäre“ Gewerkschaftsopposition schreit über Verrat. Während in den Spalten der „Roten Fahne“ geschwafelt wurde um Massengstreik zur Unterstützung der Metallarbeiter — natürlich nur in der Phrase, was man sonst „ehrlich“ behauptet, ebenfalls in der Phrase, was der Berliner Metallgewerkschaft und dem Arbeitsminister Stierwald eintraten. Jedoch die Streikdelegationen der ROO, bekamen den Fußtritt. Sie schreit über Verrat, und hält es nicht für notwendig, den organisatorischen Trennungsschritt mit der Geißel am Proletariat, den Gewerkschaften zu ziehen. Es ist billig, über Verrat zu schreiben, wenn man organisatorisch die Massen bei der Konterrevolution läßt und sie damit auch ideologisch auslieferst. Sie ist keinen Deut besser, weil sie die solidarische Aktion des Proletariats dadurch unterbindet, weil sie die Massen in den schichtungsfaschistischen Gewerkschaften läßt. Die „Revolutionäre“ Gewerkschaftsopposition — das ist ein Nichts. Mit einem lächerlichen Frieden — das ist ein Nichts. Keine selbständige Organisation — fängt sie die Arbeiter auf, die heute gewerkschaftsfeindlich sind, um sie bei der besten Gelegenheit wieder der Konterrevolution, den Gewerkschaften einzuverleiben. Das zeitigt die Vergangenheit der KPD.

Das Proletariat muß begreifen, daß eine Aktion einzelner Berufsgruppen nur dann einen Sinn hat, wenn sie heute im monopolisierten-Kapitalismus begleitet ist von solidarischen Aktionen der gesamten Klasse. Und dafür gilt es die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Die Arbeiter

Gefahr, die vom Roten droht, verringern: denn seine ganze Kraft liegt doch in ihrer Unzufriedenheit. Darum läßt mich nur machen, ich werde die Sache schon erledigen.“

Man läßt ihn machen — und er zimmert sich selber ein warmes, sattes und gemüthliches Leben zurecht. Der Schwarze grausam zwar, doch dümm und fader geworden und von einer leblosen Starrheit. Der Rote erhebt sich mehr und mehr.

Da spricht dann der Graue belehrend zu dem Roten: „Natürlich ist es an der Zeit, das Leben endlich dem Ideale zu nähern. Doch, auf einmal kann man nicht alle zufriedensstellen. Ein wenig heute und ein wenig morgen. Am Ende werden die Menschen dann alles haben. In weiser Berechnung“

„Hüte dich, die Stärke des Kuzen! Der Schwarze wird nachgeben, wenn man die Sache nur vorsichtig anfängt. Erhalte, ich werde im Guten mit ihm reden ...“

Und ob man es ihm erlaubt oder nicht — er benutzt die Gelegenheit, und richtet sich sein warmes, sattes und gemüthliches Leben ein.

Der Rote wird wieder matter, träber und der Schwarze entläßt weit die rauschenden Fittiche seiner Macht. Das Leben wird still und dunkel, es ist am langsam. Der Graue gießt das Glück der Ruhe.

Er ist inständig, seine Gunst zu verschenken, ein anderes Mal wieder läßt er sich bezahlen; zu allem ist er fähig. Doch niemals handelt er wirklich, und was er auch tun mag — niemals ist er edel oder schön.

Dies kleine doppelzählige Scheusal nimmt stets die Mitte ein zwischen Extremen und hindert sie eigenmächtig an ihrer entgegengesetzten Entwicklung; zu dem Ideale, dem sie zustreben. Sich breitmachend in ihrer Mitte, vermischt er in seiner Unfähigkeit die Grundfragen des Lebens zu einem farblosen, schmutzigen, trüben und langweiligen Graue.

Der Graue hält den unvermeidlichen Tod des längst schon Abgestorbenen nur auf und steht dem Wachstum des Lebenden hindernd entgegen; er ist der ewige Feind alles dessen, was offen, hell und mutig ist ...

müssen organisatorisch das Band mit den konterrevolutionären, kapitalhalternden Gewerkschaften und ihren Zuhältern, dem Lutzibilde ROO, zerschnitten. Dort in den Betrieben, wo die Wurzel des Handelns der Arbeiter liegt, müssen die Betriebsorganisationsentscheidungen, in der alles zusammengefaßt ist: Ob Metallarbeiter, Schuster, Schneider usw. So entsteht die neue Klassenorganisation des Proletariats, als unerlässlich für den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital.

Handelt das Proletariat in diesem Sinne, dann sind seine bisherigen Niederlagen nicht umsonst gewesen.

Politische Rundschau

Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo

Aus dem Schlußbuch der Deutsch-demokratischen Partei haben die Wahlen der deutschen Arbeiter die Metallarbeiter das Genick um. Denn was heißt es weiter: „Die Entscheidung der im Schiedsspruch vom 10. 10. behandelten Fragen erfolgt durch neuen Schiedsspruch und ist dann endgültig“, d. h. der Lohnabbau wird auf alle Fälle sanktioniert. In welcher Verbindung ist dabei nördlich.

Die Gewerkschaftsbürokraten sind eben immer ganz ausgezeichnete Kampfsstrategen. Jetzt treiben sie die Arbeiter in die Betriebe hinein, um nachher, wenn jedem Arbeiter der Schocher sichtbar wird, zu erklären: gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch ist nichts zu machen, wir können doch nicht gesetzswidrig werden.

Dieser Kahlhandel der Gewerkschaftsbürokratie ist selbst der gewerkschaftlichen Streikobolenten, die ja größtenteils Sozialdemokraten sind, auf die Nerven gefallen, so daß die Bonzo-kratie eine Urabstimmung unter den Streikenden in Szene setzen mußte. Diese Urabstimmung brachte die notwendige „Mehrheit“ für die Aufnahme der Arbeit. Die Gewerkschaftsbürokratie triumphiert, daß auch mit dieser Konzession von Urabstimmung die Niederlage der Metallarbeiter legalisiert ist. Ein anderes Ergebnis war gar nicht zu erwarten. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie brachten immer zum Ausdruck, daß auch die Arbeiter Opfer bringen müssen. Ihr Einverständnis mit einem Lohnabbau richtigeren sie immer mit der Phrase von der Preissenkung, um natürlich bei den Arbeitern „Verständnis“ zu finden. Sie haben die halbfaschistische Brüningregierung mit ihrem Programm der Notverordnung der Lohnsenkung usw. am 18. Oktober gerettet. Wenn sie wieder einen großen „Kampf“ geführt haben, so nur, um ihn wieder mit der ihr eigenen Getöse abzuwürgen. Das zeigte bis zum heutigen Tage alle Kämpfe mit seltener Deutlichkeit. Mansfeld ist noch nicht aus der Erinnerung verschwunden. Großzügig, mit radikalen Phrasen führte man die Bergkumpeln in den Kampf, und als sie infolge ihrer Isoliertheit ausgehungert waren, bestand alle gewerkschaftliche Weisheit darin, sie mit einem 12prozentigen Lohnabbau in die Schächte zurückzuführen.

Die „Revolutionäre“ Gewerkschaftsopposition schreit über Verrat. Während in den Spalten der „Roten Fahne“ geschwafelt wurde um Massengstreik zur Unterstützung der Metallarbeiter — natürlich nur in der Phrase, was man sonst „ehrlich“ behauptet, ebenfalls in der Phrase, was der Berliner Metallgewerkschaft und dem Arbeitsminister Stierwald eintraten. Jedoch die Streikdelegationen der ROO, bekamen den Fußtritt. Sie schreit über Verrat, und hält es nicht für notwendig, den organisatorischen Trennungsschritt mit der Geißel am Proletariat, den Gewerkschaften zu ziehen. Es ist billig, über Verrat zu schreiben, wenn man organisatorisch die Massen bei der Konterrevolution läßt und sie damit auch ideologisch auslieferst. Sie ist keinen Deut besser, weil sie die solidarische Aktion des Proletariats dadurch unterbindet, weil sie die Massen in den schichtungsfaschistischen Gewerkschaften läßt. Die „Revolutionäre“ Gewerkschaftsopposition — das ist ein Nichts. Mit einem lächerlichen Frieden — das ist ein Nichts. Keine selbständige Organisation — fängt sie die Arbeiter auf, die heute gewerkschaftsfeindlich sind, um sie bei der besten Gelegenheit wieder der Konterrevolution, den Gewerkschaften einzuverleiben. Das zeitigt die Vergangenheit der KPD.

So werden „die Preise gesenkt“

Weizen Zoll auf 25 Mark, Gerstenzoll auf 20 Mark erhöht.

Der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister geben unter dem 25. Oktober bekannt, daß auf Grund des Gesetzes über Zolländerungen vom 15. April 1930 der Zollsatz für Weizen und Speis von 18,50 auf 25 Mark je Doppelzentner und zwar mit Wirkung vom 26. Oktober 1930 erhöht werden. Der Satz für Hartweizen zur Herstellung von Hartweizengries mit Zollsicherung wird mit Wirkung vom 5. November auf 11,25 Mk. festgesetzt. Bekanntlich erfolgte erst am 28. September die letzte Weizenzollerhöhung. Der Zollsatz für Gerste wird ab 26. Oktober ebenfalls je Doppelzentner von 15 auf 20 Mk. erhöht.

So entlarvt sich der Preissenkungswind der Regierung und ihrer Lakaien, der SPD, als großes Betrugsmasche.

Geld stinkt nicht

Bei Herrn Münzenberg

Vor kurzer Zeit wurde in dem Warenhauskonzert von Hermann Tietz ein sogenanntes „Bankrot“ Belegstück gemacht. Er trägt die Interessen der Angestellten „vertraut“. Die „Rote Fahne“ eröffnete daraufhin eine Kaufsabotage gegenüber Tietz. Bombastisch verkündete sie, daß sie ihre 738000 Berliner „Roten“ Wähler mobilisieren werde. In einer Reihe von Notizen und Zetteln in der „Roten Fahne“ wurden die proletarischen Frauen aufgefordert, Solidarität zu üben und nicht eher wieder einen Pfennig zu Tietz zu tragen, bis daß die Maßregelung des „roten“ Betriebsrates wieder zurückgenommen ist. Mit dieser Ankündigung der „Roten Fahne“ antwortete das Warenhaus Tietz rein verständlich von seinem kapitalistischen Interessenstandpunkt mit der Entziehung sämtlicher Annoncen für die „Rote Fahne“.

Da die Organe des Herrn Münzenberg, die „Welt am Abend“ sowie „Berlin am Morgen“ weiter nichts sind als Schwesterorgane der „Roten Fahne“, wäre es selbstverständlich gewesen, diese Aktion der „Roten Fahne“ zu unterstützen. Aber Herr Münzenberg ging dieses alles nichts an und schweig darüber. Die „Welt am Abend“ und die „Welt am Morgen“ sind 20. Oktober werden die Arbeiter auf einer Annoncenabotage aufgefodert, beim Warenhauskonzert Hermann Tietz zu kaufen. Häufig Herr Münzenberg die Aktion der „Roten Fahne“ unterstützen, wäre es selbstverständlich gewesen, diese Annoncen einzufangen. Aber Herr Münzenberg, der ja als Geschäftsmann reichlich bekannt sein dürfte, handelt nach dem Grundsatz: Geld stinkt nicht. Dieses Beispiel zeigt mit aller Deutlichkeit, daß dort wo die Arbeiterbewegung kapitalistische Ansatze aufnimmt, sie keinen Kampf gegen das Kapital führen kann, wenn sie sich diese Finanzquellen nicht verschließen will, zeit die Bestechlichkeit durch das Kapital.

15 Millionen Arbeitslos

Die Arbeitslosen aller industriellen Länder im Weltmaßstab bezieht sich nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes zwischen 12 und 15 Millionen. Von den Industrieländern ist nur noch Frankreich das einzige Land mit einer entgegengesetzten Entwicklung; zu dem Ideale, dem sie zustreben. Sich breitmachend in ihrer Mitte, vermischt er in seiner Unfähigkeit die Grundfragen des Lebens zu einem farblosen, schmutzigen, trüben und langweiligen Graue.

Der Graue hält den unvermeidlichen Tod des längst schon Abgestorbenen nur auf und steht dem Wachstum des Lebenden hindernd entgegen; er ist der ewige Feind alles dessen, was offen, hell und mutig ist ...

Die Wahlen in Oesterreich

Wieder Schober

Die beiden herrschenden Parteien in Oesterreich, die christlich-soziale und die sozialdemokratische Partei, führen seit Bestehen der Republik einen wüsten Kampf zueinander, ähnlich wie in Amerika die republikanische und die demokratische Partei: einen Kampf, der das gesamte politische Interesse auf diese beiden Brennpunkte der politischen Elipse konzentriert soll, so daß — keine dritte Partei aufkommen kann. Die Fehhaltung von Außenseitern liegt sowohl im Interesse der beiden großen politischen Rivalen, wie auch im Interesse der Bourgeoisie, in deren Dienst sie rivalisieren. Diese beiden haben daher für ihre Zwecke ein Wahlsystem und eine Wahlgeometrie geschaffen, die es den kleineren Parteien außerordentlich schwer macht, in den Nationalrat zu kommen; es könnte nach diesem System die Partei viele Hunderttausend Stimmen bekommen, ohne ein einziges Mandat zu erhalten, wenn nämlich in den einzelnen Wahlkreisen die außerordentlich hohe „Wahlziffer“ nicht erreicht wird. Der Wähler, der seine Stimme nicht „verloren“ gehen lassen will, kann es daher gar nicht riskieren, eine kleinere Partei zu wählen, sondern ist gezwungen, sich für eine der beiden herrschenden Banden zu entscheiden. Um die Zersplitterung vollends zu vermeiden, hat

Achtung! Solidaritätsstreik. Zur Unterstützung der am Berliner Streik der Metallarbeiter beteiligten Genossen, wird hiermit auf die 44. und 45. Woche eine Umlage von je 2.- Mark die Woche ausgeschrieben. Alle erheben Umlagen sind unverzüglich abzurechnen.

Genossen! Lohnt Solidarität.

Seipel bei den letzten Wahlen die berühmte „Einheitsliste“, die „antimarxistische Einheitsfront“ geschaffen, die alle Rassen, Farben, Töne und Gerüche vereinigte, Schwarzgelbe und Großdeutsche, Demokraten und Faschisten, Juden und Hakenkreuzler, Mostschädel und Wasserköpfe unter den Hut des Prälaten brachte. Bei den jetzigen Wahlen hat Seipel dasselbe versucht, er ließ die Heimwehren zuerst verkünden, daß sie nur entweder mit allen bürgerlichen Parteien in den Wahlkampf ziehen würden, oder gegen alle Parteien. Aus dem „mit allen Parteien“ wurde nichts, es stellte sich heraus, daß die eine der beiden großen Banden, die christlich-soziale Partei, alt und müde geworden war und nicht im entferntesten mehr die Kraft hatte, alle bürgerlichen Richtungen sich einzuverleiben. Auf dem Lande hat der „Landbau“ für die Bauern gewonnen, der radikale Flügel der kleinbürgerlichen Reaktion folgt der Heimwehr und dem Hakenkreuz, geblieben ist ihr nur jenes Häuflein verlornere Idioten, die den Grundstock jeder parlamentarischen Partei bilden. Die Heimwehr selbst folgt teils den Parolen Seipels, teils jenen Hitlers, teils hat sie sich unter ihren ursprünglichen Führern selbständig gemacht. Es werden einzeln kandidieren: die christlich-soziale Partei, die nationalsozialistische Partei, der „Heimblock“ und wahrscheinlich noch ein paar andere. Unter diesem von Standpunkt der Wahlgeometrie äußerst desolaten Verhältnissen hat sich die Bourgeoisie wieder einen pflichtgetreuen Mannes erimert, der sie schon so oft als schwerer Not gerettet hat — Schober.

Der rein-italienischen Politik Seipels kann die Bourgeoisie schon mit Rücksicht auf ihren Geldbehrer Frankreich nicht folgen, d. h. wir brauchen wieder einen Verkehrswechselposten, der das Ausland beruhigt. Die Bourgeoisie braucht einen „Block“, der die Dividenden und nur die Dividenden beschützt und so schaf sie — es ward Abend und es ward Morgen — den Schober-Block. Die Schaffung eines Schokolade-Blocks für die Backstische war nicht notwendig, da das Wahlalter auf 21 Jahre hinaufgesetzt wurde. Der Schober-Block besteht aus dem Landbau und der großdeutschen Partei und ist nun die eigentliche Vertretung des Großkapitals.

Schober kandidiert an der Spitze und die Bourgeoisie hofft, durch bösewärtige Wahlposten dieses Gebiet im Wahlkonzert zum Siege zu verhelfen und ihre Schober-Regierung wieder zu erhalten. Die christlich-soziale Partei ist nicht mehr die eigentliche Partei des Großkapitals, sie wird wieder zu einer kleinbürgerlich-reaktionären Partei, ihr Kreislauf schließt sich. Hören wir, was das Organ des Finanzkapitals, die „Neue Freie Presse“, sagt: „Die neue politische Gestalt (nämlich Schober) tritt also wohlgerüstet auf den Plan (nämlich mit der Wahlposten des Bankenverbandes) und wenn sie ihre Waffen gut verwenden wird, mit Schonung der Erde, die unbedingt als Verbündete zu achten sind (das sind nämlich die Juden), wenn sie nach vorwärts die Blicke richtet und nicht nach den trüben Schatten der Vergangenheit, wenn sie sich würdig erweist der unschätzbaren Helfer, die sie gewonnen hat (Bankenverband und Neue Freie Presse), dann kann wohl der Glaube ausgesprochen werden: sie wird im neuen Nationalrat eine ehrenhafte Rolle spielen als Mittler zwischen den Extremen.“

Mit geschwellten Segeln, aber unter gedämpfem Trommlerschlag geht eine alte Hure auf den parlamentarischen Bühnen der Sozialdemokratie. Sie fürchtet, daß sie infolge der bürgerlichen Zersplitterung und Schwäche die Regierung wird bilden müssen und sie weiß noch nicht, ob sie dazu schon verantwortlich genug ist. In aller Eile hat sie die beiden letzten „anständigen“ Menschen in ihrer Fraktion abgestigt: Skaret und Schlegel, die oft ein temperamentvolles proletarisches Wort im Parlament gesprochen haben, kandidieren nicht mehr. Dafür Alois Bauer, der Führer der religiösen „Sozialisten“, und zwar an aussichtsreicher Stelle. Der Führer der Freidenker, ein glänzender Redner und eingeschwoener Sozialdemokrat, kandidiert an aussichtsloser Stelle. Am besten wird die Entwicklung der SP. von einem ihr nahestehenden linksbürgerlichen Blatt charakterisiert. Der „Wiener Tag“ schreibt: „Mit dem Schlagwort Austromaximismus ist viel Unfug getrieben worden. Die Aufbaubarkeit in Wien geht rein kommunal-kapitalistisch vor sich und ist überdies schon unter Lueger begonnen worden. Die Fremden, welche Wien und seine Wohlfahrtsanstalten bewundern, fragen oft, was denn an unserer Stadt so sozialistisch sei. Das Eigentum wird nicht angefasst. Alle bürger-

lichen Einrichtungen, wie Sparkasse, Verkehrs- und Beleuchtungsanstalten bis zum Brauhaus, sind kapitalistisch verwaltet ... Daß die Arbeiter vielfach kleinbürgerlichen Wohlstand anstreben und erreichen; ist doch gewiß nicht marxistisch. Sagen wir doch die Wahrheit! Während die Gegenseite den Wiener Sozialisten bolschewistische Neigungen andichtet, sind sie längst eine kleinbürgerliche Reformpartei geworden ... So der „Tag“. Proletariat des Auslandes! Wenn wieder einmal ein Vertreter des Austromaximismus bei euch erscheint und euch von sozialistischen Wien etwas vorschwafelt, dann lest ihm dieses bürgerliche Urteil vor und werft ihm nachher zum Fenster hinaus! — Das Wahlprogramm der SPÖs ist Friede, Abrüstung unter gegenseitiger Kontrolle, Versöhnung und Ruhe, hauptsächlich Ruhe. Nicht um ein Haar unterscheidet es sich von dem Programm der „Neuen Freien Presse“ und auch eine sozialdemokratische Regierung würde sich in der Praxis nicht um ein Haar von der Schober-Regierung unterscheiden. Ihr eigentliches Programm lautet: „Wahl sozialdemokratisch!“ Die Partei ist hier zu hundert Prozent Selbstweck geworden.

Das Gegenteil kann man von der „kommunistischen“ Partei sagen. Sie muß fast zu hundert Prozent sich selbst aufgeben, um dem verbündeten deutsch-russischen Imperialismus zu dienen. Es ist ein besonderer Vorzug der österreichischen Arbeiter, vielleicht ihr einziger, daß sie von Nationalismus vollständig frei sind. Der Oesterreicher hat kein Vaterland, liebt's nicht und hat auch keine Ursache, es zu haben. Nicht im Traume denkt zum Beispiel der österreichische Arbeiter an eine „Deutsche Revolution“ oder gar an einen Revanchekrieg gegen die Entente. Es wird der österreichische Bourgeoisie außerordentlich schwer fallen, die Arbeiter ein zweites Mal für ihren Profit vor die Gasbrenner zu treiben. Aber was ist Gott? Die KPOe. kommt daher und sorgt dafür, ihnen den nötigen nationalen Geist beizubringen! In ihrem Wahlauftrag heißt es Wort für Wort wie im deutschen Programm: „Wir lehnen den Raubfrieden von Versailles und St. Germain ab und kämpfen für seine Zerschmetterung. Wir kämpfen für die Zerschmetterung der Tributsklaverei. Keinen Groschen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Oesterreich!“ (Reparationszahlungen hat Oesterreich leider keine zu leisten!) So geht es im Hiltlerjargon. Die Hakenkreuzer sind der „Rote Fahne“ zu wenig national, weil sie „Südtirol preisgeben“. Nun, wenn Mussolini sich endgültig dem deutsch-russischen Block angeschlossen haben wird, dann wird auch die „Rote Fahne“ Südtirol „preisgeben!“ Proletariat! Laßt euch nicht von den Agenten des Wodka-Kommunismus besoffen machen! Die Bourgeoisie und reichen Bauern in Südtirol sind nicht preisgegeben, die Proletariat sind immer preisgegeben, gleichgültig, wohin das Land gehört! Die KPOe. ist einfach an die imperialistische deutsch-russische Front gegen Frankreich kommandiert worden und die „Rote Fahne“ blickt sich ein, daß die Wiener Arbeiter ihre Hiltler-Parolen freisetzen werden! — Nach der nationalen Befreiung kommt die Fresse. Die sieht so aus:

„Die proletarische Diktatur soll dem Treiben der Bankmagnaten, die heute dem Lande offen ihren Willen aufzwingen, ein Ende setzen, die heute die kleinen Kaufleute in den Ruin treiben, tausende Angestellte auf Pfahler werfen, die werktätigen Mittelständler und Bauern auswuchern und die Preise in die Höhe treiben. Sie wird den Großhandel nationalisieren und mit eiserner Faust jede Spekulation, die sich die Not der Werktätigen zunutze macht, zerschmettern.“

Die proletarische Diktatur wird die Herrschaft der Großgrundbesitzer brechen, wird ihren Grund und Boden entschädigungslos enteignen und den landarmen Bauern übergeben.“

Was hat uns also die proletarische Diktatur nach der Vorsehung und den Wünschen der „Roten Fahne“ zu bringen? Höhere Löhne, billigere Preise und Land den Bauern! Das heißt: Beibehaltung der Geldwirtschaft, des Warenmarktes und Aufzucht eines Kulakenregimes! Dieser nach Wodka stinkende Nepp-Kommunismus“ soll die wirklichen Aufgaben der Rätediktatur in Verzensheit bringen: Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaft, Abschaffung des Lohnsystems, der Geldwirtschaft, der Warenwirtschaft, Aufhebung des kapitalistischen Marktes, gänzliche Enteignung des Bodens und Aufrichtung der Bedarfsproduktion durch die Landarbeiter im Verein mit dem Industrieproletariat. — Die außenpolitische Orientierung des Proletariats ist nicht irgendeine nationale Befreiung, sondern: Revolutionäre Sabotage jedes Krieges, Vereinigung der Proletariat aller Länder, Vernichtungskrieg gegen die eigene Bourgeoisie, Tod der herrschenden Klasse in Oesterreich, Deutschland und in Rußland!

Die Genossen der KAP. haben es bei diesen Wahlen besonders leicht. Der „kommunistische“ Stimmzettel läßt sie ebenso kalt wie der sozialdemokratische oder irgend ein anderer Wisch. Der Vorteil und Nutzen jedes Stimmzettels besteht einzig und allein darin, daß er nur einseitig bedrückt ist ... Wer aber unbedingt demonstrieren will, der lege in sein Wahlkuvert einen Zettel mit der Aufschrift:

Nieder mit dem Parlament!
Tod der Demokratie!
Es lebe die revolutionäre Diktatur des Proletariats!

Vom Wesen der Arbeiter-Union

Der Kampf der Betriebsorganisationen

Die einfache Tatsache, daß die Gewerkschaften als Organisationsform der proletarischen Klassenkampforganisationen, die in der A.A.U. vereinigten revolutionären Betriebsorganisationen ist die klassenlose Gesellschaft. Die Zusammenfassung des Proletariats als Klasse ist dabei die organisatorische, die Erklärung der Diktatur des Proletariats die methodische Form des Kampfes. Das Kampfziel der BO ist der Betrieb, den sie zum Zwecke der Uebernahme der Produktion revolutioniert, unter Ausschließung aller Kampfmethoden, die als reformistisch oder opportunistisch, den Kapitalismus nicht unbedingt, also nicht unter Anwendung aller revolutionären Kampfmittel, zu stützen suchen. Da die klassenlose Gesellschaft erst mit der Verwirklichung der kommunistischen Bedürfniswirtschaft in die Erscheinung treten kann, so geht der Kampf der BO, und die Herbeiführung des gesellschaftlichen Produktionssystems durch Uebernahme der kapitalistischen Produktion. Daraus ergibt sich als Wesen der BO:

Die BO ist proletarische Klassenorganisation für den Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem durch Uebernahme der Produktion. Als solche ist sie gleichzeitig die gegenwärtige Verkörperung des Organisationsprinzips der zukünftigen (klassenlosen) Gesellschaft, die auf dem Rätekodex aufgebaut, auf dem gesellschaftlichen System der Produktion beruht, somit auf dem Betrieb.

Die Entwicklung der BO ist der Gradmesser für das Herangehen der neuen Gesellschaft.

Als Hauptaufgaben der BO, erscheinen: Zusammenfassung des Proletariats als Klasse in den Betrieben; Erhaltung der Produktionsmittel; Uebernahme der Produktion (Befreiung der Arbeit); Errichtung des gesellschaftlichen Systems der Produktion (Rätegesellschaft).

Das Bewußtsein der Massen des Proletariats von ihrer Existenz als kämpfende Klasse ist in der gegenwärtigen Situation notwendiger als je zuvor. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen des durch den Weltkrieg (als Auslöser) zu rasendem Tempo zersetzenden Zerfalls der kapitalistischen Produktion haben von Seiten des Kapitals, das in diesem Zusammenbruch ebenfalls um seine Existenz als Klasse kämpft, Kampfmethoden gegen das Proletariat herausgebildet, die auf die proletarischen Kampfnotwendigkeiten nicht ohne Erfolg geblieben sind. Da gleichzeitig mit dem zunehmenden Verfall der bürgerlichen Gesellschaft das Organisationsprinzip der zukünftigen (klassenlosen) Gesellschaft, der Rätekodex, naturgemäß ins Bewußtsein der Kämpfer für die neue Gesellschaft trat, ergab sich die Form der BO, ohne weiteres. Der Kampf der BO, muß sich deshalb im weitesten Maße auf diejenigen proletarischen Organisationsformen erstrecken, die ihrem Wesen nach (da aus den heutigen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und damit den gegenwärtigen Kampfnotwendigkeiten keineswegs entsprechenden Entwicklungsphasen des Klassenkampfes stammend) nicht in andere Klassen im Kampf der proletarischen gegen die bürgerliche Klasse die Offensive zu ergreifen, Dies sind alle auf der „Demokratie“ fußenden, mit parlamentarischen und gewerkschaftlichen Mitteln arbeitenden Organisationsformen der Arbeiterklasse.

Das Kapital versucht die Verschiebung und Komplizierung des Klassenkampfes unter Zuhilfenahme der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Bureaucratie, um die Offensive des kämpfenden Proletariats zur Unmöglichkeit zu machen und den Kampf proletarisches auf bloße Verteidigungsmaßnahmen, Versuche der Abwehr der schärfsten Auswüchse, der Ausbeutung und Unterdrückung zu beschränken. Damit würde der Klassenkampf auf das Niveau des Schachers um einen mehr oder weniger fühlbaren Grad der Verelendung beibehalten, ein Umstand, der ganz im Interesse aller sogenannten Arbeiter-

Der Hunger geht spazieren

Wochenlang hatte die RGO, Ruhrgebiet mit vielem Tamtam und Trara für den 25.-27. Oktober einen Hungermarsch der Erwerbslosen des Ruhrgebiets nach Dortmund angekündigt. In der Erwerbslosen-Zeitung wurde ein Aufmarschplan bekanntgegeben, welcher jedem Generalstab Ehre gemacht hätte. Ob der Urheber desselben in der „Roten Armee“ Schule gemacht hat, läßt sich leider nicht feststellen. Ebenso wird es wohl für immer ein Geheimnis bleiben, ob man in echt ritterlicher Gesinnung dem Gegner die Gelegenheit geben wollte, sich in Mühe auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Noch wenige Tage vor oben genanntem Termin wurden in großer Menge Flugblätter verteilt, in welchen mit lärmend abgedruckten Phrasen für den Hungermarsch Stimmung gemacht wurde. Aber selbst mit der stärksten Lupe war kein Wörtchen zu entdecken, welches auf die wirkliche Ursache der elenden Lage des Proletariats, nämlich über die die ganze Welt dahinschreitende Wirtschaftskrise hinwies. Dementsprechend sahen denn auch die angefertigten Forderungen aus. Man kann dieselben in jeder beliebigen KPD-Zeitung gleich welchen Jahrganges so ungefähr 4-6 Wochen vor Weihnachten finden. Am Schluß stand die Parole: „Es wird marschiert auf jeden Fall!“. Aber: „erstens kommt es anders und zweitens als man denkt“. Der Polizeikommissar von Dortmund verbot es sich ganz energisch die Straßen seiner schönen Stadt mit den Anwärtern des Gasbusses zu füllen. Dessen Beispiel folgten seine Kollegen in den anderen Städten des Ruhrgebiets. Aber wer den Verstand auf dem rechten Fleck hat, findet überall einen Ausweg. So wurden denn auch am Sonntag, den 25. Oktober Flugblätter verteilt, in welchen wieder über das Verbot geschimpft wurde, und zum Schluß: „Der Hungermarsch ist verboten, aber niemand kann uns daran hindern, am Sonntag abends zwischen 6 und 8 Uhr in den Straßen Essens spazieren zu gehen.“ In verschiedenen Versammlungen von den Erwerbslosen nach aus Herz gefolgt worden, sich in nicht provozieren zu lassen.

bar schon verhält wie Pest. Jedenfalls haben diese Polikanten wieder ihren Zweck erreicht. Sie haben den Erwerbslosen gezeigt, daß sie etwas für sie tun wollen. Es ist aber höchste Zeit, daß die Proleten endlich einsehen, daß keine Partei ihnen helfen kann, kein Hitler und kein Thälmann, sondern nur sie selbst. Haben sie erst dies erkannt, dann werden sie auch den Weg finden zum Zusammenschluß in den Betrieben und auf den Stempelstellen. Nur dort ist die Grundlage für die eisernen Kadern der proletarischen Revolution. Heute, wo die ganze Welt von einer Wirtschaftskrise erschüttert wird, aus welcher es keinen Ausweg mehr gibt, gilt es nicht mehr zu kämpfen gegen die hohen Gehälter der Minister, für einige Mark Winterbeihilfe oder einige Zentner Kartoffeln und Kohlen, sondern um den Sturz des ganzen kapitalistischen Systems. Nicht Hungermarsch, nicht Streik um einige Pfennige Lohn steht auf der Tagesordnung. Die Kampfparole des Proletariats kann nur sein: „Generalstreik auf der ganzen Linie Uebernahme der Produktion in die Hände des Proletariats! Alle Macht den Räten!“

Die Wirtschaftsdemokraten

Wir leben in einer Republik. Alles wird „demokratisch“ regiert. Auch das Arbeitsverhältnis, die Stellung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird „demokratisch“ gesetzlich durch das Betriebsrätegesetz geregelt. Das anerkennt sogar das Unternehmertum und bescheinigt den besonders tüchtigen Betriebsräten eine anerkennenswerte Mitarbeit im Abgangszweig. Wir lesen im „Abend“ vom Sonnabend, den 25. 10. 30 in einer Notiz folgendes:

„Ein Unternehmen hatte, einem Angestellten in Frankfurt a. M. bei dessen Austritt in einem sehr guten Zeugnis bemerkt, daß er es nicht nur verstanden habe, sich das Vertrauen seiner Kundschaft zu erwerben, sondern daß ihm das Vertrauen seiner Kollegen auch in den Betriebsrat übertragen hätte und daß er später sogar der Vorsitzende des Betriebsrats gewesen sei.“

Also da habt ihr es Proleten! Das Vertrauen seiner Kollegen hat ihn in den Betriebsrat berufen. (Jetzt fehlt nur noch der unergründliche Ratschluß Gottes). Es war gut gemeint von dem Herrn Chef, ihm dieses noch zu bescheinigen. Leider sind die Herren Unternehmer nicht das geringste Verständnis dafür und lehnten den vertrauenswürdigen Betriebsrat trotz der guten Zeugnisse ab.

Der Angestellte versuchte nun ein anderes Zeugnis ohne die Bemerkung über die Zugehörigkeit zum Betriebsrat zu erlangen. Da sein Prinzipal sich weigerte, mußte er ihn vor das Arbeitsgericht zitiieren. In dem Artikel des „Abend“ heißt es dann weiter: „In der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht lehnte der Beklagte die gewünschte Änderung mit dem Bemerkung ab, daß in der heutigen Zeit jedem Arbeitgeber nur anzuempfehlen könne, wenn er wisse, daß er mit dem Bewerber einen Gehilfen erhalte, der in den Betriebsräten den ihm auferlegten Pflichten des Betriebsrätesgesetz in vollem Umfang Rede und Widerstand entgegenzusetzen ist.“

Das Gericht hatte also mehr Einsichten als so tüchtigen Leuten, die verurteilt die Firma, das Zeugnis nach den Wünschen des Klägers zu ändern.

Der „Abend“ urteilt dieses mit Wohlgefallen ab, um den Proleten zu zeigen, daß es noch Gerechtigkeit gibt, und führt den § 73 des HGB. an, welcher dem Inhalt der Zeugnisse bestimmte Grenzen setzt.

Verkehr hebt sich?

Günstige Septemberzahlen der BVG. — Gestiegerte Einnahmen. Der Verkehr der BVG. ist im Monat September 1930 gegenüber dem Vormonat um 21,6 Millionen auf 92,6 Millionen Fahrten gestiegen. Der Gesamtrückgang des Verkehrs gegenüber dem Vorjahre hat sich — die Umsteiger einfach gezählt — von 21,2 Prozent im August dieses Jahres auf 20,6 Prozent im September vermindert. Es ist also eine leichte Besserung der Verkehrslage eingetreten. Die Einnahmen haben sich gegenüber dem September 1929 um 325 000 Mark gesteigert. (Abend vom 27. Oktober 1930.)

Also sind die Lütke und Brolat doch nichtige Kerle, wenn sie sich zuspitzende Krise Verkehr und Profit steigern, die ihre 300 000 und 72 000 Mark Jahresgehälter verdienen. Nur dies will das Noskorepitol den sozialdemokratischen Proleten demonstrieren. Daß sie die Entlassung der 1000 Arbeiter, die schärfere Anspannung und Ausbeutung der verbliebenen Arbeiter und die Tarifverschlechterung schon vergessen haben, dessen sind die Redakteure gewiß. Denn wer so lange nicht liest, weder den Vorwärts noch ist bei der SPD.

Woher die „leichte Verbesserung der Verkehrslage“ gegen das Vorjahr kommt, wenn der Verkehr noch um 20,6 schlechter ist? Daß sich der Gesamtrückgang gegen das Vorjahr um 0,6 Proz. vermindert hat ist auf das Regenwetter im September zurückzuführen. „Der Verkehr hebt sich“, weil die haren von einhundert Stunden auf 1 Stunde gekürzt hat und Zehntausende von Arbeitern zweimal Fahrlohn bezahlen müssen. In Wirklichkeit lauten durch die weise sozialdemokratische Kommanpolitik und der Riesengehälter sozialdemokratischer Direktoren und Stadträte heute Zehntausende, die früher noch fahren konnten. Immerhin ist das eine nette Politik, die bei einem Verkehrsrückgang von 20,6 Proz. noch 325 000 Mark in einem Monat aus den fahrenden und für Brolat schuldenden Programmen herauschickelt. Das ist der sozialdemokratische Preisabbau.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Versammlungsbüro.

2. Bezirk. Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal Gladow, Malchauerstr. 24.

6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitscherstr. 88.

14. Bezirk. Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchhofstr. 5.

15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jankke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.

17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Götterstr. 38.

Novawres.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebhardt, Wallstr. 62, Funktionenversammlungen der Partei und Union statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz-Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonat-Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 45

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Berlin, 8. November 1930

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, N. 828 42, Buchholz, 1. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Bei Bezug unter Streifenzahl vierteljährlich 2,50 Mark inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2, und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht angenommen.

D. M. V. — R. G. O.

Lehren aus dem Metallarbeiterstreik

Die sogenannte Schlacht der 130000 ist erledigt. Die Metallarbeiter haben eine schwere Niederlage erlitten. Nicht in offener Entscheidung haben sie der Uebermacht und Stärke der Unternehmer weichen müssen. Sie sind von den Urlich und Konsorten wie geprügelte Hunde in die Betriebe zurückgejagt worden. Der Familienopposition wurde zur Beruhigung eine homöopathische Urabstimmungsspiel in den Mund gesteckt. Jetzt kommt Fortsetzung der Tragödie von Nordwest, Marke Severing. — Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat als Zwangsschlichter den „deutschen“ Oberbürgermeister Dr. Jarres, den sozialdemokratischen Professor Dr. Sinsheimer und als Vorsitzenden den ultramontanen Dr. Brauns bestimmt. Die drei „Unparteiischen“ sollen in der ersten Novemberwoche einen neuen Prozentsatz des Lohnabbaues festsetzen, der endgültig ist. Unternehmer und Gewerkschaften haben beide freudigen Herzens zugestimmt. Als alte treue Freunde kennen beide ihre Schlichter.

Das Vorwärtsreptil trompetet auf allen Gassen dieses Abkommens als einen Sieg aus, gegenüber der Nicht-verbindlich-Erklärung des 1. Schiedsspruches. In einem Artikel vom 2. November „Vor dem Spruch“ macht die Zentralorgan die alte muffige Gefühlskühe auf und entwirft ein tyrannisches Intermezzo als Vorschau von dem fürchterlichen Ringkampf der drei Unparteiischen, auf dem sich jetzt der sozialdemokratische Klassenkampf reduziert. Im innersten Herzen sind Vorwärts und Gewerkschaften heilfroh, daß der Streik so politisier- und gesinnungstüchtig verlaufen ist, daß die Notstandsarbeiten brav und treu erledigt wurden. Für den kleinen Metallarbeiter Severing war es diesmal noch nicht nötig, außer dem Gummi knipfel noch härtere Mittel gegen die aufgeregten streikenden Volkshaufen in Anwendung zu bringen.

Bei dem Metallarbeiterstreik wurden von Unternehmern und Gewerkschaften sich gegenseitig die taktischen Bälle zugeworfen. Denn trotz allem Geschrei von Gegnern und Feinde — im Grunde sind beide einer Meinung, nämlich, daß die kapitalistische Ausbeutung gerettet werden muß. Zur höheren Ehre des Profits werden auch die Arbeiter Opfer bringen müssen“, erklärte der ADGB. Aber 15 Proz. Lohnabbau ist für den Anfang zu klotzig. Ohne Zweifel war diese hohe Forderung aus Abhandeln gestellt, trotzdem war die Empörung der Ausgeworfenen nicht zu verhindern. Die Gewerkschaften als die „berufenen Führer“ stellen sich an die Spitze, um Schlimmes zu verhindern. Mit vollen Backen blieb bei Ausbruch des Streiks die Metallarbeiter-Zeitung die „Rote Fahne“ für den DMV. ist nur das eine, das allermindeste annehmbar, der eigene Tarifvertrag muß weiter in Kraft bleiben. Von irgendeinem Lohnabbau kann und darf keine Rede sein.“ Nun ist der DMV. leise die Chamade trällernd, in den sicheren Hafen des endgültigen, unparteiischen Schiedsspruches gelaufen. Metallindustrie und Gewerkschaften können frohlocken; auf dem Rücken der Metallarbeiter haben beide ihren Sieg erfochten. Die einen haben ihren Lohnabbau und die andern haben die geordnete Führung des Kampfes. Bei dieser Praxis von Klassenkampf siegt sich das Proletariat glücklich zum Hungertode.

Der Feldherrnmut und die Schlachtenlenkerie wird den Gewerkschaften allerdings von der „revolutionären“ Gewerkschaftsopposition strengt gemacht. Sie pries sich als die einzige strategische Kraft und die „Rote Fahne“ schrieb von der Führung des Streiks durch die „Rote Fahne“ und erfüllten nur ihre historische Aufgabe, wenn sie die Begehrlichkeit der Proleten zügeln und die Republik vor dem drohenden Umsturz bewahren. Ihre Streiktaktik ist die Stützung und Fortsetzung der sozialdemokratischen Okkupationspolitik, die zur Rettung des Kabinetts Brüning mit seinen Hungervorordnungen dient. Ein Massenstreik gegen das Monopolkapital wird heute in seiner konsequenten Fortsetzung zu einem Machtkampf gegen das Profitsystem überhaupt. Er wird und muß zum Kampf um den Kommunismus führen. Dies zu verhindern, betrachten die Gewerkschaften als ihre heiligste Aufgabe. Dafür sind sie vom Staate mit 10 Millionen in bar bezahlt worden. Sie haben die Klasseninteressen des Proletariats vertauscht mit dem Staatsnotwendigkeiten der Brüning-Regierung und bilden so einen Rettungsanker der zerbrechenden Ausbeutung. Wer hier von Moral spricht, ist entweder ein Dummkopf oder Betrüger.

Aus dem weiteren Inhalt haben wir hervor:

- Die Krise des Pfandkredit-Regimes in Polen
- Zum 9. November (Die Parteien in der Novemberrevolution)
- Ein Jahr Wirtschaftskrise in USA
- Die Berliner Neuzusteuern
- Brünings neuer Raubzug
- Der „rote“ Magistrat spaziert

selbst bei den eigenen Anhängern Gehör zu finden, zum Ausstand auf.

Was ist eigentlich die RGO? Sie ist die wie ein Posthorn verborgene bolschewistische Gewerkschaftslinie. Sie ist der völlig ideologische Zusammenbruch nach all den vielen Wandlungen und Schwankungen, die die Komintern in der Gewerkschaftsfrage gemacht hat. Das täglich mit überschneppender Stimme in der Roten Fahne herausschallende Geschrei „kein Pfennig Lohnabbau“, sollte nur die Höflichkeit des Kraftmeistertums verbergen, mit dem die RGO, zeternd hinter den Gewerkschaftskanonen horcht. Ihre Bitte um gutes Verhandlungswetter am 17. Oktober bei dem christlichen Minister Stegerwald wurde mit einem energischen Fußtritt in den Hintern „loht“. In ihrer gewerkschaftlichen Tarifwirtschaft biederte sie sich am 23. Oktober auch bei den Metallindustriellen an. Da sie absolut nicht als große Wirt zu bieten hatte, fand sie auch hier keine Gnade. Selbst als der Streik durch eine nach allen Regeln der gewerkschaftlichen Kunst und Taktik vollzogene Kapitulation erledigt war, und der Groß der Streikenden bis tief in die Reihen sozialdemokratischer Kleinbürger erwachte, wurde ihre Parole, „Der Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau geht weiter“, nur von wenigen befolgt und endete einen Tag später mit der Aufforderung, in die Betriebe hineinzugehen.

Nach der Niederlage haben die Macher der KPD, mit viel Eifer und Tamtam die RGO, zu einer roten Talmi-gewerkschaft aufgeblasen. Nach dem historischen Dokument kommt die „historische Gründungskonferenz“, der „erste Durchbruch der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“, wie die „Rote Fahne“ schrieb. Als billiger Jakob mit niedrigen Beiträgen soll der Rote Einheitsverband laden eröffnen werden. Man schwatzt von Klassenorganisation, in Wirklichkeit denkt man nicht einmal daran, die eigenen Genossen aus den halbfaschistischen Gewerkschaften herauszuholen. Dieser rote Verband ist nichts anderes als ein Wechselbalg von gewerkschaftlicher Borniertheit, gepaart mit geschäftlichem Schacher. Die KPD, will die Zusammenfassung aller Ausbeuteten zu einer wirklich revolutionären Klassenorganisation verhüten. Für sie ist der Rote Verband nur ein Netz um die sich von der Gewerkschaft wendenden Proleten aufzufangen, um sie bei passender Gelegenheit wieder in die gewerkschaftlichen Stall zurückzuführen.

Ebensowenig wie von historischen Gründungskonferenzen darf sich das Proletariat von dem Geschrei über den Verrat der Gewerkschaften einfangen lassen. Die Gewerkschaften selbst sind ein Bestandteil des Kapitalismus und erfüllen nur ihre historische Aufgabe, wenn sie die Begehrlichkeit der Proleten zügeln und die Republik vor dem drohenden Umsturz bewahren. Ihre Streiktaktik ist die Stützung und Fortsetzung der sozialdemokratischen Okkupationspolitik, die zur Rettung des Kabinetts Brüning mit seinen Hungervorordnungen dient. Ein Massenstreik gegen das Monopolkapital wird heute in seiner konsequenten Fortsetzung zu einem Machtkampf gegen das Profitsystem überhaupt. Er wird und muß zum Kampf um den Kommunismus führen. Dies zu verhindern, betrachten die Gewerkschaften als ihre heiligste Aufgabe. Dafür sind sie vom Staate mit 10 Millionen in bar bezahlt worden. Sie haben die Klasseninteressen des Proletariats vertauscht mit dem Staatsnotwendigkeiten der Brüning-Regierung und bilden so einen Rettungsanker der zerbrechenden Ausbeutung. Wer hier von Moral spricht, ist entweder ein Dummkopf oder Betrüger.

ADGB-Sozialismus

Jede bürgerliche Partei hat ihr Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Finanzkrise. Im Mittelpunkt dieser Programme steht der Lohnabbau und die Preisenkung. Die Bourgeoisie verspricht sich von beiden Mitteln eine Steigerung der Kaufkraft und der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die Preisenkung bildet dabei nur ein Lockmittel. Das Kapital will nach außen hin glauben machen, daß auf diese Weise vom ihm ebenfalls ein Opfer zur Linderung der Wirtschaftskrise gebracht wird. Dabei ist es vollkommen klar, daß die fallenden Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt allein schon einen irgendwelchen Verlust eine erhebliche Preisenkung ermöglichen. Das Kapital will aber darüber hinaus noch durch die Senkung der Löhne einen weiteren ganz erheblichen Profit einheimsen. Es kommt ihm dabei die enorme Arbeitslosigkeit zur Hilfe, durch die es in der Lage ist, die unerhörte angewachsene industrielle Reservearmee in die Wagsschale zu werfen. Es möchte ferner die Belastung durch die Wirtschaftskrise restlos auf die Arbeiterschaft abwälzen. Nachdem es ihm bereits gelungen ist, den Abbau der Arbeitslosenunterstützung bis zur äußersten Grenze herabzudrücken, versucht es auf indirektem Wege den arbeitenden Teil der Arbeiterschaft zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zu zwingen, um auf diese Weise die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung zu verringern. Wenn sich das Unternehmen noch heute gegen die Einführung der 40-Stundenwoche streibt, so geschieht dies lediglich deshalb, weil es zuerst einen Lohnabbau durchsetzen und nachher erst die reduzierte Arbeitszeit einführen will. Es beabsichtigt also mit seiner Taktik, die Arbeiterschaft doppelt zu belasten.

Nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung beträgt die Gesamtzahl der Industrie-Arbeiter in Deutschland gegenwärtig 10,5 Millionen. Wenn man die Zahl der arbeitenden Industrie-Arbeiter mit 2,5 Millionen annimmt, so verbleibt eine Ziffer der Beschäftigten von 8 Millionen. Von diesen arbeiten ungefähr 2 Millionen bzw. 25 Prozent verkürzt. Es bleiben danach 6 Millionen vollbeschäftigte Industrie-Arbeiter. Die Arbeitsmöglichkeit für diese 6 Millionen geht immer weiter zurück. Ein großer Teil wird arbeitslos werden müssen, wenn er nicht ebenfalls auf Kurzarbeit gesetzt wird. Das Kapital muß erst diese Arbeiter genügend müde machen, indem es unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit höhere Leistungen herausholt. Sobald dies der Fall ist und auch der Lohnabbau sich vollzogen hat, wird das Kapital auch seinen Segen zur Einführung der 40-Stundenwoche geben.

Allmählich soll sich auf diese Weise die Verelendung der Massen auf friedlichem Wege vollziehen. Dieser Weg des indirekten Wirtschaftssozialismus ist selbst für die Gewerkschaften klar geworden. Sie haben sich daher gezwungen gesehen, ihrerseits ein Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise auszuarbeiten.

Der ADGB hat in seiner Zeitung vom 12. und 13. Oktober 1930 eine Entscheidung angenommen, zu der Leipart erklärt, daß der Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung nur für die Zeit einer Konjunktur gedacht sei. Jetzt aber werde die Forderung zu einer bitteren Notmaßnahme. Diese Charakteristik besagt, daß der ADGB, nicht mit seiner Parole der 40-Stundenwoche ein Programm der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse kämpfenden Arbeiterschaft, sondern eine Forderung des Unternehmertums durchführen will. Er sieht voraus, daß das Kapital von den Gewerkschaften nach dem Lohnabbau auch diese Forderung stellen wird. Sein Plan geht dahin, schon jetzt die Arbeitszeitverkürzung auf der Grundlage der gegenwärtigen Löhne zu erreichen. Die Gewerkschaften wollen gleichzeitig auch die Arbeiterschaft an den Gedanken dieser Form

Die Berliner Metallarbeiter haben eine Niederlage erlitten. Eine verlorene Schlacht eines Corps ist noch kein verlorener Krieg der gesamten Streikkräfte. Aber die Arbeiterklasse muß begreifen, daß die Sache der Metallarbeiter ihre Sache war und ist. Nur wenn die Ausbeuteten als Klasse auf der ganzen Linie den Kampf für eine neue Ordnung mit aller Rücksichtslosigkeit aufnehmen und vom Massenstreik zum revolutionären Aufstand schreiten, ist die Gewähr des Sieges gegeben. Nur wenn die Lohnsklaven ihre Befreiung auf ihr eigenes Werk selbst in die Hand nehmen und sich als Klasse organisiert dem Kapital stellen, wird die Frage Kommunismus oder Untergang in die Barbarei entschieden sein.